

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Wid in die Arbeiterwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 1. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskonte: Berlin 87 536 - Bankkonte: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Absatz-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 2.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 80 Pfennig. Restloszahlend 6.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienangelegenheiten für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Internationale des Eisens.

Das internationale Stahlkartell. — Die Gefahr eines Eisenmonopols.

Nach jahrelangen Verhandlungen — die ersten Anfänge gehen bis in die Zeit vor dem Ruhrkampf zurück — ist zwischen den Eisenerzeugern Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs eine Kartellvereinbarung geschlossen worden, die tief in das wirtschaftliche und politische Leben der beteiligten Staaten eingreift. Es handelt sich um die Vereinigung der mächtigsten Stahlproduzenten Europas zu einem Block, der die Preise und die Produktion dieses wichtigen industriellen Rohstoffs regelt, die gegenseitige Konkurrenz ausschaltet und vor allem die gegenseitigen Preisunterbietungen am Weltmarkt verhindert. Ueber die Einzelheiten des Vertrages haben die Interessenten bisher zu schweigen gewußt. Es ist also nur möglich, die Grundzüge des Vertragswertes zu würdigen.

Das Wesentliche ist, daß eine derartige Verständigung überhaupt möglich war. Noch bis vor kurzem glaubten die beteiligten Industriegruppen, in scharfem Kampf um den Absatz besser abzuschneiden zu können als in Zusammenarbeit. Und dieser Kampf führte auf die Gestaltung der internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen ab. Ist es heute noch notwendig, daran zu erinnern, daß die französische Schwerindustrie es war, die drüben die treibende Kraft zum Ruhrkrieg bildete? Wenn kürzlich der Vorsitzende des französischen Hüttenverbandes, de Wendel, glaubte betonen zu müssen, daß das Stahlkartell keine politischen Rückwirkungen habe, so wird man gut tun, solchen Äußerungen mit einigen Zweifeln zu begegnen. War es doch der Kampf der Deutschen mit der französischen Eisenindustrie, der bisher eine vernünftige Regelung der handelspolitischen Beziehungen dieser beiden Länder erschwerete, wenn nicht unmöglich machte. Wenn der Kartellabschluß nur dazu beiträgt, einen langfristigen deutsch-französischen Handelsvertrag zu erleichtern, so hat er bereits wesentlich zur Entgiftung der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen dieser beiden großen Industriestaaten mitgewirkt.

Diese Vertiefung der Kapitalinteressen großer Rohstoffkonzerne liegt also in der politischen Linie, die die Staatenpolitik von Versailles über Locarno und Genf zusammengeführt hat. In der Tatsache, daß die Kapitalisten allein den Zusammenschluß vollzogen, liegt die Gefahr für die Arbeiterschaft und für die von diesen Rohstoffen abhängigen Industrien, also für die Weiterverarbeiter. Diese Gefahr, auf die noch einzugehen ist, kann jedoch weder über die Bedeutung noch über die innere Notwendigkeit des Zusammenschlusses hinwegtäuschen.

Überall sprengt die ins Riesenausmaß gewachsene Industrie die engen Grenzen, die die europäischen Länder von einander abschließen. Die deutsche Industrie im besonderen drängt auf den Weltmarkt hinaus, eine harte, aber durch die Pflicht zu Reparationen noch verstärkte Notwendigkeit. Überall ist aber im Kriege und darauf in der Zeit der gegenseitigen Abkündigung der Staaten eine mächtige Industrie gewachsen. So ist heute in zahlreichen Gewerbezweigen die Weltproduktionsfähigkeit weit über den Weltbedarf hinaus gestiegen. Ein Ausgleich der Interessen kann nur durch den Kampf oder durch den Vertrag erfolgen.

Daher kommt es, daß heute die privaten Abmachungen großer Industriegruppen auf die staatliche Handelspolitik von größtem Einfluß sind. Private Abreden der chemischen Großindustrie z. B. haben den Abschluß staatlicher Handelsverträge zwischen Deutschland und Japan den Weg gebahnt. Der Abschluß des Stahlkartells ist eine Etappe zur handelspolitischen Verständigung Deutschlands und Frankreichs, wenn die deutsche Schwerindustrie ihre den deutschen Verarbeitern gegebene Zusage innehält, wonach sie Zugeständnisse der Gegenpartei bei Einfuhr deutscher Metallfabrikate, besonders Maschinen, nach Frankreich zur Vorbedingung der Aufrechterhaltung des Kartells machen wollte.

Aus diesem Grunde sieht der Kartellvertrag die Möglichkeit einer kurzfristigen Kündigung vor, wenn ein deutsch-französischer Handelsvertrag nicht zustande kommen sollte. Ein solcher Vertrag hängt nicht allein davon ab, ob sich die eisenerzeugenden und eisenerarbeitenden Länder miteinander verständigen, sondern auch davon, ob die Interessen der übrigen Industriegruppen auf eine Vertragsformel zu bringen sind. Hier werden noch schwere Widerstände insbesondere in der chemischen Industrie zu beseitigen sein.

Die weitreichenden Beziehungen, die die dem Kartell angehörenden Werke zu den Unternehmungen anderer Sta-

ten haben, lassen die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß aus der Rohstahlgemeinschaft des kontinentalen Mittel- und Westeuropas sehr bald eine gesamteuropäische Rohstahlgemeinschaft erwächst, daß also ein großer Gewerbezweig mit Hunderttausenden von Arbeitern sich allmählich zu einem festen Gefüge zusammenschließt. Auch nach dieser Richtung hin bedeutet der Abschluß des Kartells nur eine Etappe. Darum gilt es auch den Gefahren entgegenzusehen, die eine derartige Organisation gewaltiger Produktionsgebiete für die übrigen Teile der angeschlossenen Staatsgruppen birgt.

Hier steht an erster Stelle die Gefahr eines Preismonopols. Gerade die deutsche Arbeiterschaft, die zum allergrößten Teil in der Verarbeitungsindustrie beschäftigt ist, wird niemals die Gefahr unterschätzen dürfen, die in der monopolartigen Bewirtschaftung einzelner Rohstoffe durch große internationale Mächtigkeitsgruppen liegt. Für die Verarbeitungsindustrie ist der Rohstoff einer der wichtigsten Faktoren der Produktionskosten. Jede unnötige Heraufhebung oder Hochhaltung der Rohstoffpreise bedeutet die Freisetzung großer Arbeitermassen. Daher ist es notwendig, einer Preisüberspannung durch derartige internationale Monopole mit allen Kräften entgegenzuwirken.

Das wichtigste und einfachste Mittel hierzu ist die Einschaltung der Konkurrenz solcher Länder, die an der Rohstahlgemeinschaft nicht beteiligt sind. Die deutsche Schwerindustrie ist gegen diese Konkurrenz noch heute durch einen Hochschutzzoll geschützt. Der Zoll ist sinnlos geworden, nachdem die heftigsten Konkurrenten von gestern heute gemeinsam mit der deutschen Eisenindustrie die Preise bestimmen. Seine Aufrechterhaltung aber ist gefährlich, weil damit die letzte Möglichkeit einer Preisregulierung ausgeschaltet ist. Die Beseitigung des Eisenzolls wird also von der deutschen Arbeiterschaft gefordert werden müssen.

Darüber hinaus aber bedarf die Preis- und Produktionspolitik eines derart großangelegten Syndikats der Kontrolle der Allgemeinheit. Staatliche und internationale Kartellämter werden geschaffen werden müssen, um

zu verhindern, daß diese rein kapitalistischen Verbände ihren Profit durch Abwälzung aller Risiken auf Verbraucher und Arbeiter sichern. Diese Forderung ist ein Bestandteil der staatlichen und internationalen Wirtschaftspolitik der organisierten Arbeiterschaft.

Wie man sieht, erschließt die Tatsache, daß das internationale Rohstahlsyndikat perfekt geworden ist, eine Reihe von Aufgaben, auf die sich die Arbeiterschaft einzustellen hat. Die Tendenz zur Internationalisierung der Wirtschaft ist so zwangsläufig im Kapitalismus der Wirtschaft bedingt, daß es zwecklos wäre, gegen sie anzukämpfen. Nach der Periode des Völkervertrages kann man sogar eine gewisse politische und wirtschaftliche Entspannung davon erhoffen, wenn sich die Kapitalistengruppen der einzelnen Länder zusammenschließen. Die Arbeiterschaft wird jedoch dagegen Sorge treffen müssen, daß die internationale Verbandsbildung nur der Steigerung der Kapitalrente der beteiligten Kapitalistengruppen diene, die heute so gern mit dem Ausland zusammenarbeiten, wenn es um die Steigerung der Profite geht, aber durch die ihnen nahestehende Presse und ihrer Parteien noch immer die Feindseligkeit der Völker schüren.

Aufbau des Stahlkartells.

Bekannt sind vom Syndikat bisher nur die hohen Umriffe, und es ist auch kaum zu hoffen, daß die vertragsschließenden Produktionsgruppen den Wortlaut des Vertrages veröffentlichen werden. Erfährt wird die Erzeugung von Rohstahl, nicht von Roheisen und den Weiterverarbeitungsprodukten der Walzwerke. Auf das Gebiet der vertragsschließenden Gruppen werden etwa 30 Prozent der Weltstahlerzeugung fallen, während bei den beiden großen Außenreitern Amerika und England allein etwa 60 Prozent verbleiben werden. Die absolute Produktion, auf die sich die Quoten der einzelnen Länder verteilen, beträgt 27,53 Millionen Tonnen. Von dieser Gesamtzahl werden rund 49 Prozent auf Deutschland und das Saargebiet und rund 51 Prozent auf Frankreich, Belgien und Luxemburg entfallen. Der Quotenverteilung liegt die Produktion des 1. Vierteljahres 1926 zugrunde, die für Deutschland bekanntlich

Keine Entscheidung in Polen.

Auflösung der Senatsbeschlüsse im Sejm — abermals Rücktritt der Regierung.

Warschau, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Unter ungeheurer Erregung wurde am Donnerstag nachmittags 4 Uhr die Sejm-Sitzung eröffnet. Alle Tribünen waren überfüllt, die Regierung war, mit Ausnahme Pilsudskis, vollständig erschienen. Seit wurde das rumänisch-polnische Abkommen ratifiziert. Es folgte die Abstimmung über die vom Senat herabgesetzte Haushaltsvorlage. Sie verringert das von der Regierung verlangte Budget in Höhe von 484 Millionen um 34 Millionen Zlot.

Mit 206 gegen 94 Stimmen wurde der Vorschlag des Senats angenommen. Als dieses Ergebnis, das einem Mißtrauensvotum für die Regierung gleichkommt, bekannt wurde, erhob sich Ministerpräsident Bartel und verlangte Verlegung und Einberufung einer neuen Sitzung auf 1/2 Uhr abends, damit die Regierung zu der geschaffenen Lage Stellung nehmen könnte. Dem wurde entsprochen. Es liegen für diese Sitzung ausdrückliche Mißtrauensanträge gegen die Regierung sowie ein Antrag der Sozialdemokraten vor, daß der Sejm seine Auflösung beschließe. Es wird allgemein angenommen, daß die Sejm-Auflösung nicht mehr zu vermeiden ist.

Zu Beginn der Abend Sitzung teilte Sejmmarschall Rakaj mit, daß die Regierung Bartel zurückgetreten ist und die Gesamtdemission vom Präsidenten der Republik angenommen worden ist.

Nachdem die Demission des Kabinetts mitgeteilt war, verlangte der bäuerliche Abg. Poniatowski sofortige Abstimmung über seinen Antrag, daß der Sejm sich auflöse. Der Sejmarschall verweigerte diese Abstimmung, weil nach den geschehenen Verfassungsänderungen nicht mehr der Sejm selbst, sondern nur der Staatspräsident und die Regierung den Sejm auflösen könne.

Die Haltung der Sozialisten.

Warschau, 1. Oktober, morgens 11 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Im „Robotnik“ (Der Arbeiter), dem Zentralorgan der Polnischen Sozialistischen Partei, schreibt Abg. Genosse Niedzalkowski, daß

die PPS für die Regierungsbildung des Budgets gestimmt habe, jedoch nicht, um der Regierung das Vertrauen auszusprechen, sondern um zu vermeiden, daß die Ausgaben für Volkswohlfahrt, Arbeitslosenunterstützung usw. gekürzt werden. Der einzige Ausweg sei die Sejmauflösung durch die Regierung und die Ausschreibung der Neuwahlen. Für die PPS. komme der Zeitpunkt der größten Kraftanstrengung, denn es gelte den Wahlkampf so zu führen, daß die Demokratie erheblich gestärkt daraus hervorgehe.

Unsere polnischen Parteigenossen betrachten den Ausgang der gestrigen Sitzung keineswegs als einen Sieg der Rechten, höchstens als ihren Scheinertag; denn Pilsudski und seine Freunde würden sich dabei nicht beruhigen. Man spricht übrigens davon, daß der Rücktritt der Regierung aus dem tatsächlichen Grund erfolgt sei, weil der Abschluß des litauisch-russischen Vertrages die Position Polens verschlechtert habe, die nicht durch Fortführung des inneren Parteikampfes im jetzigen Zeitpunkt noch mehr geschädigt werden sollte.

Große Erregung über den litauisch-russischen Vertrag.

Warschau, 30. September. (W.B.) Der Abschluß des russisch-litauischen Garantie- und Nichtangriffsvertrages und der nach litauischen Meldungen darin aufgenommene Passus, worin die Sowjetregierung feststellt, daß ihre bekannte Litauen freundliche Haltung zur Binafrage vom Jahre 1920 keine Veränderung erfahren habe, hat in Polen sehr erregt. Nach halbamtlichen Meldungen hat der als Außenminister während der Abwesenheit Jaleskis amtierende Vizeminister Knoll den hiesigen russischen Gesandten Wojtkoff für heute zu einer Konferenz gebeten.

Aus Moskau wird gemeldet, daß Litauen auch den Besitz Memels durch Rußland garantiert haben wolle; Rußland habe dies abgelehnt.

ungünstig war und zu der Befürchtung geführt hat, daß der ganze Vertrag für Deutschland ungünstig werde. Das Syndikat ist ein

Verband zur Regelung der Produktion.

Die den einzelnen Ländern zugeordneten und innerhalb der Länder wieder untergeteilten Quoten dürfen grundsätzlich nicht überschritten werden. Um die Höhe der Quoten drehte sich der Widerstand insbesondere Belgiens, das schließlich eine Erhöhung der Ausgangsquote durchsetzte (insgesamt 12,56 Proz.). Für den Fall der Abfahrtssteigerung über die vorläufig verteilte Gesamtproduktion hinaus ist zur Verteilung der Mehrquoten in besonderen Vereinbarungen vorgezogen: bis 30 Millionen Tonnen erfolgt die Verteilung unter Ausschluß Belgiens prozentual. Liegen die Aufträge unter 27,53 Millionen Tonnen, so erfolgt gleichmäßige Herabsetzung nach der Größe der Quote.

Ein großer Apparat dient dem Zweck, die Ueberschreitung der Quoten durch die einzelnen Länder zu verhindern. Die beteiligten Werke haben innerhalb bestimmter Fristen monatlich über den Umfang ihrer Produktion zu berichten. Für die Ueberschreitung der Quoten sind Strafgebühren von 4 Dollar pro Tonne Mehrzeugung vorgesehen, die in eine

Ausgleichs- und Entschädigungsstufe

fließen. Bleibt die Produktion bei einzelnen Gruppen hinter den vorgesehenen Ziffern zurück, so werden von der Ausgleichsstufe 2 Dollar pro Tonne entzogen. Außerdem ist pro Tonne Rohstoffherzeugung ein laufender Beitrag von 1 Dollar zu zahlen, was jährlich an finanziellen Mitteln dem Syndikat eine Einnahme von über 100 Millionen Mark sichern wird. Sowohl in den laufenden Beiträgen als auch teilweise in den Strafgebühren sind Kampffonds zu erbilden, die ebenso gegen die großen englisch-amerikanischen Kupfererzeuger wie in Fällen von Streiks Verwendung finden können. Da die Entschädigungen insbesondere auch bei Produktionsausfällen durch Streiks gezahlt werden, erweist den Unternehmern der betroffenen Gruppen oder Länder in den Ausgleichs- und Entschädigungsstufen eine mächtige Hilfe. Die Produktionsgröße wird jeden Monat in besonderen Monatskonferenzen festgelegt, ähnlich wie bei der deutschen Rohstoffgemeinschaft, die dem ganzen Vertrag offenbar als Muster gedient hat. Wo sich das Zentralbureau des Syndikats befinden wird, ist noch unbekannt. Daß es nach Düsseldorf kommen soll, wurde behauptet und bestritten. Die

Ausdehnung auf weitere Länder

ist schon heute mit aller Bestimmtheit zu erwarten. Wenn auch der Beitritt Englands nach wie vor nicht zu erwarten ist, so ist die Angliederung der tschechischen, österreichischen und polnischen Produktion um so gewisser. Sie ergibt sich zwangsläufig aus der von uns schon mehrfach besprochenen finanziellen Interessenverflechtung Frankreichs mit der polnischen und tschechischen, und Deutschlands, insbesondere des Stahlwerks und des Mannesmann-Konzerns mit der tschechischen, polnisch-österreichischen und österreichischen Eisenindustrie (Alpine Montanengesellschaft, Bismarckhütte, Komotau). Auf der anderen Seite dürften die Vereinigten Staaten unter Führung der United States Steel Corporation außerhalb der weitgehend monopolisierten Binnenmärkte Europas gegen das europäische Stahl-Syndikat einen scharfen Kampf führen, bei dem auf europäischer Seite der deutsche Stahltrust führen wird. Auch die Ausdehnung des Syndikats auf andere Produkte (Kohle, Holz, Walzwerkprodukte) dürfte zwangsläufig folgen, sobald einmal für Rohstoffe der Bestand des Syndikats gesichert ist.

Das Zustandekommen des Stahlpakts

automatisch andere Verträge in Kraft.

So wird die „Cerna“, das internationale Schienenartefakt, an dem auch England beteiligt ist, nun ebenfalls in Wirksamkeit treten. Für die Wirksamkeit des deutsch-französischen Handelsvertrags ist bekanntlich die Festsetzung der Eisenzölle von dem Inkrafttreten des Eisenpakts und den zu vereinbarenden Eisenpreisen abhängig gemacht. Darüber heißt es in dem Handelsabkommen:

„Die deutsche und französische Regierung haben im Verlauf der Verhandlungen über das provisorische Abkommen die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens unterzucht, das die Durchführung der deutsch-französischen Abkommen über den Austausch der Erzeugnisse der Eisen-

schaffenden Industrien sowie der internationalen Abkommen, an denen die eisenhaltenden Industrien der beiden Länder beteiligt sein könnten, gestattet, sobald die Regierungen ihre Zustimmung zu diesen Abkommen erteilt haben. Die beiderseitigen Regierungen beschließen daher, sich auf Verlangen der einen von ihnen über die Folge zu beraten, wie dem vorgesehenen Abkommen der eisenhaltenden Industrien sowohl bezüglich der Zollbedingungen, unter denen sie durchgeführt werden, als auch bezüglich jeder anderen mit diesen Abkommen zusammenhängenden Frage zu geben wäre.“

Da das Syndikat für den europäischen Markt selbstverständlich die höchstmöglichen Preise festlegen wird, wird die ebenso selbstverständliche Zukunftsforderung die vollständige Beseitigung der Eisenzölle zwischen den Ländern der europäischen Stahlgemeinschaft sein müssen.

Der Sitz des Trusts.

Brüssel, 30. September. (M.B.) Wie zur Gründung des Stahltrusts ergänzend mitgeteilt wird, wird der Sitz des Trusts in Luxemburg sein. Zum Präsidenten wurde Emil Marquis, Luxemburg gewählt.

Justizreinigung.

Landgerichtsdirektor Hoffmann vom Amt suspendiert

Durch Beschluß des Raumburger Disziplinarhofes vom 28. September ist der Magdeburger Landgerichtsdirektor Hoffmann vom Amt suspendiert worden. Hoffmann war der Mann in der Kasse, der den Untersuchungsrichter Kölling vorwärts trieb. Kölling war für ihn ein Instrument des Kampfes gegen die republikanische Regierung. Hoffmann ist der Verfasser des Briefes, den Kölling unterzeichnete, in dem das preussische Innenministerium der Nordbegünstigung bezichtigt wurde. Damit ist ein erster Schritt zur Bereinigung des Justizstandals von Magdeburg getan.

Der Justizstandal, dem der frühere Minister Hoffke zum Opfer gefallen ist, harri noch der disziplinarischen und kriminalistischen Bereinigung. Es ist noch nicht bekannt, ob das preussische Justizministerium gegen die in diesen Standal verwickelten Beamten vorgehen wird. Namentlich der Gerichtsassessor Kuffmann ist längst reis für ein Disziplinarverfahren.

Sedes Jögern des preussischen Justizministeriums in diesem Falle wirkt nur wie eine Rückenstärkung für die reaktionären Kreise, die das Amt des Justizbeamten und die ihm durch das Gesetz gegebene Macht zu parteipolitischer Hege mißbrauchen.

Hakenkreuzler vor Gericht.

Genosse Levi gegen den „Blätlichen Beobachter“.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg begann heute der Verleumdungsprozeß des Genossen Dr. Levi gegen den Redakteur Alfred Rosenberg vom „Blätlichen Beobachter“ in München. Am 30. April 1926 brachte der „Blätliche Beobachter“ unter der Ueberschrift „Der ungeheuerliche Skandal des Femeaschusses des Reichstages. Wann wird sich der sozialdemokratische Berichterstatter Levi von dem Vorwurf reinigen, bezahlter englischer Spion zu sein?“ einen Artikel, in dem Levi vorgeworfen wird, von englischen Spionen Geld angenommen zu haben. In der heutigen Verhandlung forderte Dr. Levi den Angeklagten auf, den Beweis dafür zu erbringen, daß er englische Gelder angenommen habe. Rosenberg nahm für sich in Anspruch, in Wahrung des berechtigten öffentlichen Interesses gehandelt zu haben, da dieser Vorwurf Levi nicht erst durch den „Blätlichen Beobachter“, sondern schon seit sechs Jahren gemacht werde, ohne daß dieser sich dagegen gewehrt habe. Den Beweis selbst blieb er schuldig. Der Vertreter des Angeklagten erklärte, Levi habe seit 1915 an der Front der deutschen Front gearbeitet. Im Oktober 1918 habe er trotz Widerspruch der Konferenz des Spartakus-Bundes ein Flugblatt verbreitet, das zur Massenverleumdung aufgeföhrt habe. Trotzdem er wiederholt dazu gedrängt worden sei, habe Levi nie gesagt, woher er die großen Mittel dazu bekommen habe. Er habe in Frankfurt a. Main selbst erklärt, daß viele Millionen durch seine Hände gingen. Auch seine Verbindung mit dem englischen Agenten

Trebitsch-Colin sei nachweisbar. Dr. Levi erklärte, niemals ein solches Flugblatt verbreitet zu haben. Durch seine Hände seien weder englische noch sonstige Gelder gegangen. Schließlich einigte man sich darauf, für Ende November einen neuen Termin anzuberaumen.

Richter als Ehrabschneider.

Im Lande der Stahlhelmsregierung.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Der Amtsgerichtsrat Lämmerhirt in Greene hat vor längerer Zeit in einem Abtreibungsprozeß in der Urteilsbegründung sozialistische Landtagsabgeordnete als „gemeinliche Parlamentarier“ bezeichnet, weil sie für die Straffreiheit der Abtreibung eintreten. Drei Abgeordnete beantragten daraufhin ein Strafverfahren gegen Lämmerhirt. Die Eröffnung des Hauptverfahrens wurde jedoch abgelehnt. Eine Beschwerde an das Landgericht war ebenfalls erfolglos, auch der Generalstaatsanwalt lehnte ein Einschreiten gegen den beleidigenden Richter ab. Schließlich stimmte das Oberlandesgericht der Einleitung des Verfahrens zu, so daß es endlich eröffnet werden, aber bisher nicht durchgeführt werden konnte. Vor dem ersten Termin erklärte sich der Staatsanwalt für belanglos und lehnte die Verurteilung der Anklage ab. Nach wochenlangem Hin und Her sollte nun am Dienstag die Verhandlung vor dem zuständigen Amtsgericht in Gandersheim (Freistaat Braunschweig) stattfinden. Wieder wurde nichts aus der Sache, denn nunmehr erklärten sich die Richter belanglos. Die drei verunglimpften Abgeordneten werden also an der Abwehr richterlicher Beleidigungen durch die wertwürdige Solidarität der Braunschweiger Richter behindert.

Uebrigens ist das der zweite Fall im Lande Braunschweig, daß ein Richter sein Amt ungefragt demuten darf, um Sozialdemokraten zu beleidigen. Der erste Fall ereignete sich im Vorjahre in einem Verleumdungsprozeß des jetzt abgetretenen Stahlhelmsführers Hohenhaus gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volksfreund“. Damals erlaubte sich der Landgerichtsrat Dr. Giesecke ebenfalls, in der mündlichen und schriftlichen Urteilsbegründung seiner Abneigung gegen die Sozialdemokratie Ausdruck zu geben, indem er sich Hohenhaus' Äußerungen vom Preßpiratentum der „Volksfreund“-Redakteure zu eigen machte. Auch damals waren alle Versuche, den ehrabschneidenden Richter zu belanglos, vergeblich.

Der Revolverheld von Germersheim.

Eine französisch-offizielle Darstellung.

Paris, 30. September. (M.) Die französische offizielle Darstellung über die Vorfälle in Germersheim ist folgende: Am Laufe des Sonntags, den 27. September, ereigneten sich verschiedene Zwischenfälle zwischen Militär und der Bevölkerung. Wie Zwischenfälle wurden von Deutschen verursacht. Am 27. September um 11 Uhr nachts kam der Reserveleutnant Roucier aus einem Kaffeehaus und begab sich nach dem Stadtor Louis. Hier holten ihn vier Deutsche ein, von denen einer erklärte, ihn sprechen zu wollen, wobei er den Leutnant an der Schulter packte. Mit Stöcken bewaffnete Individuen umstellten sogleich Roucier, der einen Schuß in die Luft und einen ohne Ziel abfuerte. (Muß man da gleich schießen? (Red. a. B.)) Bestirter Schuß verlegte einen Deutschen. Die Angreifer strebten sodann der Stadt zu, Roucier ebenfalls. Roucier drohte mit seinem Revolver, worauf sich zwei von den Deutschen zurückzogen. Den dritten, einen gewissen Müller, wollte Roucier zur Wache bringen. Als unterwegs drei Deutsche die Partei Müllers zu ergreifen schienen, näherte sich dieser dem Leutnant und erhob die Hand. Der Offizier schob Müller stol um. Ein zweiter Schuß vermundete einen der anderen beiden Deutschen, der anzugreifen vorzudachte.

Der griechische Ministerpräsident Kondolis hat sich durch den Staatspräsidenten Konduriotis bewegen lassen, weiter im Amte zu bleiben. Im Einverständnis mit allen politischen Parteien sind die Neuwahlen auf den 7. November verschoben worden, um den Wahlkampf besser vorbereiten zu können. Die Minister, die kandidieren, werden vorher aus dem Kabinett ausgeschieden.

Gefahren der Berge.

Wie sie junge Proletarie erleben.

Von Kurt Bork.

Nach einem Jahr ruheloser und freudloser Arbeit hungerten wir nach der leblosen Einsamkeit und der grandiosen Kühnheit der Welt des ewigen Eis und Schnees. Nicht um unsere Herzen zu erhärten, suchten wir die Einsamkeit. Wir, die ewig Begehrten, vom Taumel der Großstadt Erstickten, wollten das Rauschen unseres eigenen Blutes hören.

So zogen wir langsam, erfüllt von einer grenzenlosen Begierde, bergan. Riesige Schneefelder dehnten sich vor uns. Ein Kranz von Gipfeln stieg in den Himmel und begrenzte unseren Blick. Nach Stunden hatten wir den Grat gewonnen und schoben uns zum Gipfel vor.

Hier waren wir frei. Hier, nur auf unsere Kraft gestellt, rings umlauernd von Gefahren, vom Sturm, vom Abgleiten, vom Unwetter, erlebten wir uns selbst. Jeder, in sich versunken, sich selbst.

Die zunehmende Bewältigung rief uns aus unsere Verunsicherung. Wir suchten den Aufstieg und hatten nach 300 Meter einen Talkegel erreicht. Die Windstärke wuchs und jagte die Nebelfogel immer intensiver durch den Kessel. Der momentan einsehende Sturm peitschte uns den Schnee ins Gesicht. Wo war der Weg? Wo drohte Gefahr? Was war nun meine Kraft? Deine? Cure? Waren wir einzeln nicht hilflos wie Kinder? Wir holten unser Seil heraus, knüpften es fest um die Leiber und rangen denn immer ärger wütenden Sturm Schritt für Schritt ab. Ueber Schneefelder bergauf, bergab, durch vereiste Felsen kämpften wir 6 Stunden im Schneesturm, unpeitscht, kaum daß wir atmen, kaum daß wir hören und sehen konnten, nur durch ein Seil miteinander verbunden und jeder sich der Kraft des anderen anvertrauend, bis wir unser Ziel, eine Hütte, erreicht hatten.

Jetzt durchbrachen auch die ersten Sonnenstrahlen die Nebelschleier, und mit ihnen glänzten die Augen meiner Kameraden. Wir schüttelten uns die Hände und wußten, daß wir nicht die Einsamkeit suchten, um unsere Herzen zu erhärten, sondern die Gefahr, um sie gemeinsam zu überwinden.

In der Gemeinsamkeit aber hörten wir das Rauschen unseres Blutes, welches in uns nicht nur unsere Melodie, sondern die eines Jahrhunderts und der ganzen Menschheit sang:

Brüderlichkeit!

Affe, Mensch und Wiederläufer. Ein Gelehrter hat kürzlich, indem er anatomische Einzelheiten in eine neue Beleuchtung rückte, beachtenswerte Ausführungen über die Stellung des Menschen in der entwicklungsgeographischen Stufenfolge der Säugetiere gemacht. Die erste Erfahrung, daß der begeisterte Schwung, den das erhebende Bewußtsein verleiht, Träger einer neuen Lehre zu sein, den Ver-

fänger über das Ziel hinausschießen läßt, hat sich auch diesmal bewährt. Nicht der Mensch stamme vom Affen, sondern der Affe stamme vom Menschen ab, also ließ sich der Herr Professor verstehen. Und siehe da, alle Dunkelwälder schweben in Wonne! Nicht nur ist Darwin zum so und sovielen Male gestürzt, sondern es besteht auch begründete Hoffnung, daß in der Bibel bald die nötigen Belegstellen für die Wahrheit der neuen Lehre gefunden werden. Denn das ehrwürdige Buch, mehrlos gegen seine Ausleger, hat ja noch nie in ähnlichen Fällen versagt.

Die Beziehungen zwischen Mensch und Affe sind viel zu dunkel, viel zu verwickelt, als daß sie durch Schlagworte der wiederbegebenen Art mehr als nur ganz oberflächlich gestreift werden könnten. Zudem hat weder der vorsichtige Darwin derartige Schlagworte gebraucht, noch kann die neue Behauptung an den Grundprinzipien seiner Lehre wesentliche ändern, da sie ja die nahen Beziehungen zwischen Mensch und Affe auch ihrerseits unterstreicht.

Es ließen sich vielleicht aber noch andere Beziehungen entdecken. Da ist z. B. die enorme Leistungsfähigkeit der menschlichen Kau- und Verdauungsorgane, die nur im Reiche der Wiederläufer ihresgleichen findet. Wer daran zweifelt, der beobachte in der Straßenbahn oder an ähnlichen Orten, wo man den optischen Angriffen der Gummikautschuk- laum noch entgegen kann, deren Tätigkeit, und versuche, sie schätzungsweise in Pferdekraft umzurechnen. Er wird das bald aufgeben! Kein Affe könnte mit dem gummikautschukenden Menschen in dieser Hinsicht in einen Wettbewerb treten, ohne an Kinnbackenabnutzung oder Raupersperre zugrunde zu gehen. Aufheben in Anerkennung dieser nicht unbedeutenden verwandtschaftlichen Beziehungen hat man in Amerika, dessen Bewohner für Mr. Wright schon einen der größten Wolkenfraker erkant haben, außer den bekannten Spezialwagen für Ochsen und andere Wiederläufer jetzt auch solche für Gummikautschuk in die Jüge eingestellt. Berücksichtigt man ferner, mit welcher Ausdauer gewisse Schlagworte von Politikern äußerst links und äußerst rechts wiederholt werden, ohne daß sie demüßigt werden, so deutet dieser Zug auch nach der — mit Respekt zu sagen — geistigen Seite auf eine Verwandtschaft, die den Herren Naturforschern bisher entgangen ist. Diese neue Spur sei ihnen hiermit zur weiteren Verfolgung kostenlos freigegeben!

Das über Nacht verschwundene Denkmal. Dem Garibaldiner, Patrioten und erfolgreichen dramatischen Dichter Felice Casatiotti aus Mailand (1842—1898) hatte das freisinnige Südtiroler Signa bei Florenz, wo sich die größten Strohhutfabriken Toscanas befinden, sofort nach seinem Tode ein Denkmal errichtet. Casatiotti, als bester Redner des italienischen Parlaments und eifriger Vorkämpfer gegen jede Reaktion gefeiert, war im März 1898 in einem Duell gegen den konservativen Abgeordneten Robert Racola gefallen. Dieses Ende des ausgezeichneten Redners lust in seinem 29. Duell, ausgefochten in der Villa der Gräfin Celere vor Rom, machte damals das größte Aufsehen; denn Racola hatte in schärfster Verlegung der ritterlichen Regeln für den Zweikampf angeblich vor dem Kommando zum dritten Waffengang blühend seine Säbelspitze in den Mund des Gegners gesteckt; dadurch wurden Gaumenleget und Zunge des Angegriffenen durchschnitten und unstillbare Blutströme in seine Kehle und Brusthöhle geleitet, so daß Casatiotti alsbald durch Ersticken seinen Tod finden mußte. Dem zu einer Gefängnisstrafe verurteilten Racola übergaben kon-

servative Großgrundbesitzer und Industrielle eine Ehrengabe von 100 000 Lire für ihren Sieg. Sehr ließen Schwarzhänden das Denkmal Casatiotti über Nacht spurlos verschwinden. Dabei handelt es sich nicht etwa um eine leichte Rippfrage, die man unbemerkt in die Tasche stecken und wegtragen kann, sondern um einen mächtigen, drüßhalb Meier hohen Sockel von überlebensgroßen Marmorblöcken, worauf die lebensgroße Büchse des tapferen Garibaldiners in Bronze guß stand; die ganze Monumentalanlage wog die Reinigkeit von 52 Doppelzentnern.

Der Selbstmord eines Fünfjährigen. Eine erschütternde Tragödie hat sich jüngst in Budapest ereignet. Der außerordentliche Fall kindlicher Verzweiflung spielt in einem Armenviertel der Stadt. Die Eltern des Jungen hatten in dessen Anwesenheit oft mühsame Aeden geführt, über die Wirtschaftnot gesprochen, die auf dem Lande lastet, und das Gehörte veranlaßte das fünfjährige Kind, seinen Vater eines Tages zu fragen, „warum man eigentlich lebe“. Der Vater antwortete ihm melancholisch, daß er auf eine derartige Frage keine Antwort zu geben wisse. Das Kind beruhigte sich aber dabei nicht, sondern richtete dieselbe Frage auch an seine Mutter. Die arme Frau, die nicht ahnte, welche Folgen ihre Antwort nach sich ziehen würde, sagte ihrem Sohne, daß ihr das Leben ziemlich zweck- und sinnlos vorkomme. Durch diese Äußerung geriet das Kind in eine wahre Verzweiflung. Der gemedete Junge mußte offenbar etwas von Gift gehört haben; vielleicht hatten seine Eltern in seinem Beisein selbst von Selbstmordplänen gesprochen und ihn so unge- wohnt auf eine in ihrer Küche stehende Giftflasche aufmerksam gemacht. Jedenfalls gelang es dem Kind, diese Flasche an sich zu bringen und sie in einem unbewachten Augenblick zu leeren. Als man den Knochen ins Krankenhaus einliefernte, war es bereits zu spät, er starb unter qualvollen Leiden.

Photographische Seismographen. Zwei neuartige Typen photographischer Seismographen sind jetzt ungefähr gleichzeitig in England und in der Schweiz konstruiert worden. Bei der Erfindung der Engländer August und Hunter wird durch das Niederdrücken einer Taste der betreffende Buchstabe, der sich auf einem Diaphragma befindet, durch ein Objektiv photographiert, und das belichtete Filmband wird entwickelt, kopiert und für eine Zint- oder Kupferplatte verwendet. Die U.-S. für graphische Industrie in Bern vermeidet das Photographieren. Hier werden, wie bei Anotype-Maschinen, Buchstabenflächen zu Zeilen zusammengeleitet, dann automatisch ausgerichtet und auf ein Filmband abgedruckt.

Im Oberstufen der Kupferkühlbänke der Staatsföhrer Mafsen wird am kommenden Sonntag eine Gedächtnisausstellung von Feldmännern und Kadetten des am 16. Oktober 1796 geborenen Daniel Schodowicki eröffnet.

Die Ausstellung von Müllbüchern und Kosen aus Knoch des Staatl. Fortbildungskursus für Oberlehrer in der Hochschule für Kunst, Charlottenburg, Johannisstr. 1, ist in der Zeit von 9—7 Uhr werktäglich für jedermann offen.

Ein Thermometer für 1000 Grad. Einer amerikanischen Gießhütte- firma ist es gelungen, ein Thermometer zu konstruieren, das Temperaturgrade bis zu 1000 Grad Celsius anzeigt. Das Thermometer besteht aus einer Quarzröhre, in der statt Quecksilber Gallium verwendet ist.

Der Fall Pannier.

Und seine gerichtliche Behandlung.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses des Landtages führte der Berichterstatter Abg. Kuttner (Soz.) aus: Zwischenkamp berief sich bei seiner Vernehmung sofort auf einen von Leutnant Benn erhaltenen Befehl. Er wie die anderen Angehörigen machten geltend, daß sie bei Nichtausführung des Befehls das Schicksal des Pannier geteilt haben würden. Zwischenkamp erging sich in den schärfsten Ausdrücken gegen Benn, daß er für seine Tat nicht eintrete. Auch Oberleutnant v. Senden müsse von der geplanten Ermordung gewußt haben. Von Senden und Hauptmann Gultknecht bestritten alles.

Von Senden gab weiter an, er habe sich mit Oberleutnant Schulz nicht gut gestanden. Er sagt dazu: „Durch Oberleutnant Schulz erfuhr ich, daß zu seiner Verfügung besonders Leute standen, die er „J. B.“ nannte. Dazu gehörten Klapproth, Büchling und Feldwebel Mertens. Sie waren zum besonderen Schutz für Oberleutnant Schulz da und schlugen Schulz gegenüber einen solchen Ton an, daß man daraus allerlei Schlüsse ziehen könnte. Bieleicht hat er auch manche davon gebuzt. Wie Offiziere mußten oft stundenlang im Vorzimmer von Schulz warten, während diese Leute von der Leibgarde bei ihm unangemeldet ein und aus gingen. Klapproth und Büchling haben ihn auch nicht mit seinem Dienstgrad angeredet. Daß diese Leute zu Morden verwandelt wurden, habe ich nicht gewußt.“

Feldwebel Stein hat in der Voruntersuchung angegeben, daß er und die übrigen Angehörigen der Formation auf den Befehl des Leutnants v. Senden verurteilt wurden.

Die Eidesformel lautete: „Ich schwöre bei Gott und meinem Leben, daß ich über die Formate (d. h. über die gesamte Schwarze Reichwehr) nichts verraten und meinen Vorgesetzten Treue und Gehorsam leisten werde.“

Nach dem Abschluß der Verlesung der Akten aus der Voruntersuchung unterbrach der Berichterstatter seinen Vortrag und der Ausschuss schritt in nichtöffentlicher Sitzung zur Vernehmung des Majors Buchrucker, der heute früh mit einem Auto von der Festung Gollnow, wo er wegen des Rüstler Puffches seine zwölfjährige Festungshaft verbüßt, nach Berlin transportiert worden ist. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt. Es soll erst das Protokoll vorliegen. Der Ausschuss will dann einen Beschluß über die Art und den Umfang der Veröffentlichung fassen.

Fall Pannier, Landgericht, Öffentlichkeit.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit berichtet Abgeordneter Kuttner (Soz.) über die gerichtliche Behandlung des Falles Pannier. Am 26. Januar wandte sich das Landgericht III an das auswärtige Amt mit der Frage, ob Ausschluß der Öffentlichkeit gewünscht werde, mit der Maßgabe, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde, wenn bis zum 1. Februar nichts eingelaufen sei, obwohl bei dem Instanzenweg (Landgerichtspräsident, preussisches Justizministerium, auswärtiges Amt, Reichswehrministerium) eine punktliche Antwort nicht eintreffen konnte. Die Fragen, die das Gericht an das auswärtige Amt richtete, sind folgende:

Sind die Arbeitskommandos (genannt „Schwarze Reichwehr“) längere Zeit vor Anfang Juni 1923 aufgestellt worden?

Sollten sie vor der Kontrollkommission der Entente geheim gehalten werden?

Mußte infolgedessen jeder Angehörige dieser Kommandos auf strenge Sicherung wegen Spionage bedacht sein?

Sind strenge Anweisungen in diesem Sinne ergangen?

Wonach sind die Rechte und Pflichten der Angehörigen dieser Kommandos zu beurteilen?

Gelten für sie die für die Truppen der Reichswehr erlassenen Vorschriften?

Wären die Vorgesetzten in gleichem Umfange wie die Reichswehrgenährigen verpflichtet?

Zur Begründung dieser Fragen hat das Gericht folgenden Sach hinzugefügt: Wegen der nach Zeitungsberichten schwebenden Verhandlungen über eine Verminderung der Besatzung im Unterrheinischen Gebiet unterliegt eine öffentliche Erörterung dieser Fragen schwere Bedenken.

Der Berichterstatter verliest dann Teile des Protokolls der Hauptverhandlung am 1. Februar. Der Oberstaatsanwalt beantragte, die Verhandlung öffentlich zu führen. Die Staatsanwaltschaft wurde nicht gefordert, da die zu erörternden Vorgänge längst bekannt seien. Die Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sod und Dr. Hahn beantragten dagegen Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit. Das Gericht beschloß Ausschluß der Öffentlichkeit. Nur den von den Behörden ernannten Vertretern wurde die Anwesenheit gestattet. Das Ersuchen des Reichsgerichtsabgeordneten Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld um Zulassung wurde vom Gericht abgelehnt. Es wurde beschlossen, den anwesenden Personen die Geheimhaltung von Tatsachen, soweit die Arbeitskommandos in Frage standen, zur Pflicht zu machen. In der ersten Sitzung wurde ein Haftentlassungsantrag für v. Senden und Gultknecht, dem der erste Staatsanwalt widersprach, angenommen. Ein weiterer Antrag auf Haftentlassung des Stehberg wurde zurückgestellt.

Bei der Strafzumessung hat der Standpunkt eine Rolle gespielt, daß die Angeklagten der preussischen Polizei als Gegner mißtrauen.

Die Arbeitskommandos setzten sich aus scharf rechtsgerichteten Leuten zusammen. So sahen sie den preussischen Innenminister als Gegner an. Stehberg hat deshalb nur eine Gefängnisstrafe von neun Monaten erhalten, weil er damit gehört wurde, daß er glaubte, aus vaterländischen Motiven gehandelt zu haben. Auch spielte die Ansicht eine Rolle, daß die Angeklagten der Ansicht waren, daß die Einsetzung mit Wiffen und Willen der Reichsbehörden erfolgt sei.

Die Stellung zum preussischen Innenministerium wurde ihnen als mildernder Umstand angerechnet.

Der Berichterstatter bemerkte dazu, daß diese Auffassung zu einer anderen Auffassung des Urteils im Widerspruch siehe. Das Urteil sagt, es läge keine gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben vor, bis zum Fernemord sei noch eine lange Zeit vergangen. Die Täter hätten sich mit einer Anzeige an die Behörde wenden können. Das sei doch ein Widerspruch. Wie hätten sie sich an eine Behörde wenden sollen, zu der sie kein Vertrauen hätten. Dieser Widerspruch wurde auch in der Revisionsbegründung hervorgehoben. Das Reichsgericht hatte den Streit in der Revision sehr salomonisch, wie der Berichterstatter bemerkt, dahin entschieden: Das Urteil sage nicht, daß sich die Angehörigen gerade an die preussische Polizei hätten wenden müssen. An wen sie sich zum Schutze des Fernemordes hätten wenden sollen, wird offen gelassen. — Ueber Gultknecht und v. Senden sagt das Urteil, daß die Verhandlung auch nicht das geringste gegen sie wegen Anstiftung zum Mord ergeben habe. Wenn bestritten, von Gultknecht oder von v. Senden Anregungen erhalten zu haben. Es sei nur der Befehl erteilt worden, Pannier aus der Gruppe zu entlassen. Wenn das anders ausgedrückt worden sei, dann sei es vielleicht geschehen, um Stein zur Ausführung gefügiger zu machen. Es sei nicht erwiesen, daß die Genannten vor der Tat etwas gewußt hätten. Strafbar könne höchstens gewesen sein, daß Gultknecht und v. Senden nach der Tat keine Anzeige gemacht hätten und damit gegen § 237 des StGB verstoßen hätten. Das stand aber nicht zur Anklage. Der Berichterstatter bezeichnet es als unverständlich, warum die Staatsanwaltschaft die Anklage nicht ebenfalls auf Befugnis ausgedehnt habe. Im übrigen hätte nach Ansicht des Gerichts auch hier ein Freispruch erfolgen müssen, weil

Ein Verfassungsentwurf von Hugo Preuß

Aus dem Jahre 1917. — Ein Dokument zur Geschichte der Deutschen Republik.

Hugo Preuß, der Innenminister der Republik und Schöpfer der Verfassung von Weimar, gehörte zu jenen weltfichtigen Politikern, die während des Krieges erkannten, daß Deutschland mit seiner unheilvollen Politik gerademwegs in die Katastrophe hineinsteuerte. Rettung versprach er sich nur von einem völlig unzweideutigen, aller Welt in die Augen springenden Systemwechsel als der Basis einer Außenpolitik der Verständigung. Seinen — vor der Militärzensur unmöglichen — Gedanken gab er im Sommer 1917 in einer geheimen Denkschrift Ausdruck, die einen vollständigen Entwurf einer neuen Reichs- und preussischen Staatsverfassung enthielt. Diese Denkschrift bildet das Kernstück eines Sammelbandes Preußischer Aufsätze, der unter dem Titel „Staat, Recht und Freiheit“ demnächst bei J. C. B. Mohr-Tübingen erscheinen wird.

Deutschland, so führte Preuß in seiner Denkschrift aus, sei in seiner innerpolitischen Struktur etwas ganz anderes als die übrigen Kulturstaaten der Welt; ohne Neugestaltung seines Staatslebens könne es aus seiner internationalen Isolierung nicht herauskommen. Überall seien es die demokratischen Elemente, die nach Frieden drängten, aber vergeblich suchte die deutsche Außenpolitik bei ihnen Anschlag. „Wenn man heute im Zustande den Eindruck einer Kooperation der deutschen Regierung mit den radikalsten Radikalen für den Frieden empfängt, so ist es nur allzu begreiflich, daß bei Natur und Art deutscher Regierung und Staatsstruktur dies

als ein höchst widerwärtiges Verhältnis

erscheint, aus dem man auf Unehrlichkeit oder militärische Schwäche Deutschlands schließen zu können meint.“ Wollte man es auf Sieg oder völligen Zusammenbruch wagen, so müsse man konsequent sein und sich zu einer Politik alldeutsch-konservativer Diktatur entschließen. „So würde wenigstens der verhängnisvolle Fehler einer Politik vermieden, die durch halbe Konzessionen nach der Verständigungsseite und ganze Schwäche vor den Intransigenten den Eindruck struppeliger Unehrlichkeit im Auslande erregt, wodurch neben manchem anderen besonders die amerikanische Sache mit all ihren bedeutsamen Folgen so arg verbittert worden ist.“ Schließlich macht

diese unglückbare Politik

nicht nur einen Verständigungsfrieden in absehbarer Zeit unmöglich; vielmehr gefährdet oder erschwert sie das vielgerühmte Durchhalten in dem freiwillig oder notgedrungen verlängerten Kriege, indem sie ständig immer breitere Rassen durch die dumpfe Hoffnungslosigkeit der inneren Lage radikalisiert, eine Stimmung, die sich unvermeidlich auf die auswärtige Lage überträgt. Will man hier tatkräftige Zuversicht in die ungewisse Zukunft erhalten und betonen, so muß man im Innern, wo es allein möglich ist, die Bewusstheit einer erfreulichen Gegenwart tatkräftig schaffen... Den obrigkeitlichen Charakter zu überwinden und unser Staatsleben in den allgemeinen Strom der modernen politischen Entwicklung hineinzulenken, dazu hat dem Gemeinwillen des deutschen Volkes bisher stets die zwingende Kraft gefehlt. Vermag

eine rechtliche Verpflichtung hätte vorliegen müssen. Der Bataillonsführer habe aber seinen Vorgesetzten über sich gehabt, dem er zur Wahrung verpflichtet gewesen wäre. Der Berichterstatter lehnt diesen Standpunkt ab.

Der Berichterstatter ersucht im Anschluß an seinen Bericht die Vertreter des preussischen Justizministeriums und Innenministeriums ihre Akten zum Fall Pannier dem Ausschuss einzureichen. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Deereberg (Drais.) erklärten die Vertreter des Justizministeriums, ihnen sei nicht bekannt, daß bei der Anwaltskammer ein Verfahren gegen die Anwälte anhängig sei.

Der Ausschuss vertagte dann seine weiteren Verhandlungen auf Dienstag nächster Woche.

Chamberlain — Mussolini.

Ein seltsamer italienisch-offiziöser Bericht.

Rom, 30. September. (WIZ.) Die Agenzia Stefani gibt folgende Mitteilung aus: Mussolini und Chamberlain sind heute in Livorno zusammengetroffen. Die Besprechungen zwischen den beiden Staatsmännern, die, wie man weiß (?) durch Beziehungen gegenseitiger persönlicher Freundschaft (?) mit einander verbunden sind, sind in sehr herzlicher Weise verlaufen. Bei den Besprechungen an Bord der Yacht „Delphin“ und später an Bord der Yacht „Giuliana“ nach dem von Mussolini Chamberlain gegebenen Frühstück haben die beiden Minister die wichtigsten internationalen Fragen der Stunde geprüft und dabei die Benugung gehabt, die Intimität der englisch-italienischen Beziehungen und die Gleichheit der von den beiden Regierungen für die Lösung der wichtigsten europäischen Probleme eingehaltenen Linie zu bestätigen.

Ist dieses offiziöse Kommuniqué zwischen den beiden Ministern vereinbart worden? Man möchte es eigentlich bezweifeln; denn es ist schwer denkbar, daß ein englischer Gentleman — und dafür hält sich Sir Austin Chamberlain sicherlich in ganz besonderer Weise — es dulden würde, daß man in die Welt hinausstreife, es beständen zwischen ihm, dem Gentleman, und einem Mussolini Beziehungen „gegenseitiger persönlicher Freundschaft“.

Sind es wirkliche außenpolitische Interessen Großbritanniens, die den Minister seiner britischen Majestät zu der Erniedrigung zwingen, mit Mussolini „gegenseitige persönliche Freundschaft“ zu mimen? Durch diesen demonstrativen Besuch bei Mussolini bekräftigt Chamberlain lediglich die oft ausgesprochene Vermutung, daß England der sich anbahnenden deutsch-französischen Annäherung mißtrauisch gegenübersteht. Soll man nun wirklich sagen können: England fühlt sich in seiner Vorherrschaft von dem Augenblick an bedroht, wo die von ihm jahrhundertlang sorgfältig geschürte deutsch-französische Feindschaft überwunden werden soll? Soll man sagen können: Chamberlains Locarno-Politik bezwecke wohl eine deutsch-französische Entspannung, aber nur mit Wah — das Freundschaftsprogramm von Thoiry geht ihm entschieden zu weit?

Vor kurzem noch versicherten maßgebende englische Diplomaten, wenn man mit ihnen unter vier Augen über diese seltsamen englisch-italienischen Anbiederungserscheinungen sprach, England müsse im Interesse der Erhaltung des Frie-

auch der ungeheure Druck der gegenwärtigen außenpolitischen Lage diese zwingende Kraft noch immer nicht auslösen, so steht die schicksalshafte Entscheidung für oder wider das Bazarquespiel bei den obrigkeitlichen Regierungen. Ihr Mittelpunkt ist das dynastisch-monarchische Element. Dem erscheint die vollstaatliche Entwicklung begrifflicherweise als eine schmerzliche Winderung überkommener Macht; und es ist müßiges Bemühen, ihm das mit mehr oder minder guten Gründen ausreden zu wollen. Aber hält es um deswillen fest an der Obrigkeitsstruktur und an den sie allein noch stützenden alten sozialen Wädhlen, so verbindet es sich mit ihnen in dieser Entscheidungsgestunde auf Gebel und Verderb.

Und die Zeichen der Zeit deuten auf Verderb.

Wenn die hier gemachten Vorschläge in manchen Punkten an die Reichsverfassung der Französischen Republik anknüpfen, so ist das nicht Zufall, sondern innere Logik. Wäre es damals möglich gewesen, auf jener Bahn fortzuschreiten, so wären manche harten Erfahrungen der Gegenwart erspart geblieben. Was damals nicht möglich war, ist heute notwendig; und darüber hinaus ist die zeitgemäße Fortbildung jener Gedanken heute dringendes Bedürfnis.

Der Verfassungsentwurf selbst, der dieser Denkschrift folgt, bleibt hinter der Verfassung von Weimar weit zurück. Er enthält weder die Republik noch das Frauenwahlrecht, dessen Einführung vielmehr einer besonderen Gesetzgebung vorbehalten bleiben sollte. Sogar das preussische Herrenhaus sollte, wenn auch in stark modernisierter, teilweise an den heutigen Reichswirtschaftsrat erinnernden Form, erhalten bleiben. Innerhalb dieser Schranken, die er damals für unübersteigbar hielt, entwickelte nun Preuß in scharfsinnig-konstruktiver Weise ein System der parlamentarischen Demokratie. Die Person des Kaisers sollte unverleglich sein, aber für alle Veröffentlichungen förmlicher Aufzeichnungen sollte die Regierung die parlamentarische Verantwortung tragen. Auch mündliche Äußerungen des Monarchen sollten ohne ministerielle Gegenzeichnung nicht veröffentlicht werden dürfen: „Die Veröffentlichung ohne Gegenzeichnung unterliegt der Strafe des Landesverrats.“ — Ein äußerst sinnreich konstruierter Maulkorb.

Für das Reich wie für Preußen war das allgemeine, gleiche Verhältniswahlrecht vorgesehen. Bei den gewählten Volksvertretern lag die eigentliche Macht. Jeder Minister sollte zurücktreten müssen, wenn ihm das Parlament ein Mißtrauensvotum ausstellte. Darin, wie in manchen anderen Zügen, denen nachzugehen für den Historiker interessant sein wird, zeigt sich die Wesensverwandtschaft des damaligen Entwurfs mit der späteren Verfassung von Weimar.

Wären die deutschen Potentaten im Jahre 1917 den Ratschlägen von Preuß gefolgt, so hätten sie nicht nur dem Volk juchzende Blutzünder erspart, sondern auch — was für sie viel wichtiger ist — aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Kronen gerettet. Doch die Weltgeschichte kennt kein Wenn und Aber, und wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

dens den trieglüsternden Faschismus unter Kontrolle halten und allein diesem Zwecke diene das scheinbare Wohlwollen, das das Foreign Office Mussolini gegenüber vortäuschte.

Das Kommuniqué über die neue Begegnung zwischen dem britischen Gentleman und dem italienischen Antipoden eines Gentleman erweckt aber den Verdacht, daß es sich für England nicht mehr darum handelt, lediglich den Friedensstörer Mussolini im Zaune zu halten, sondern daß darüber hinaus ein Gegengewicht gegen eine deutsch-französische Versöhnung geschaffen werden soll.

Es fragt sich nur, ob nicht das Ehrgefühl des britischen Volkes sich gegen eine Besudelung aller demokratischen Traditionen, denen in Wirklichkeit England sein Ansehen und seine Macht verdankt, auflehnen wird. Soll der Weltkrieg, den England als einen „Kampf für die Demokratie gegen die Tyrannei“ zu führen vorgab, seine politische Ordnung darin finden, daß zwar die deutsche und die französische Demokratie sich verfühnen, daß aber Groß-Britannien, das Mutterland der europäischen Demokratie, diese Resalliance mit einem Regime einget, das den Inbegriff der Tyrannei darstellt?

Diese außenpolitische Annäherung an den Faschismus wäre zwar wesensverwandt mit der jetzigen innerpolitischen Haltung der konservativen Regierung gegenüber der eigenen Arbeiterklasse. Aber das englische Volk wird über jedes sein Urteil sprechen: über die innerpolitischen Scharfmacher, die den Bergwerksbesitzern geholfen haben, Millionen von Männern, Frauen und Kindern durch den Hunger niederzuzwingen, und über den außenpolitischen Staatsmann, der mit einem Mussolini Beteuerungen „gegenseitiger persönlicher Freundschaft“ öffentlich austauscht.

Der heilige Synod im Kreml.

Wer nicht variiert, der fliegt.

Moskau, 29. September. (DE.) Zu der Absehung des bisherigen Sekretärs des Exekutiv-Komitees der kommunistischen Jugendinternationale, Bujowitsch, schreibt die Zentral-„Pravda“: Diese Maßnahme sei notwendig geworden, nicht weil Bujowitsch Ansichten vertritt, die von denen der Parteimehrheit abweichen, sondern wegen der geheimen Mährarbeit, die er unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung betrieben habe. Erschwerend falle ins Gewicht, daß er die wiederholt verurteilten politischen Richtlinien der Opposition auch innerhalb der kommunistischen Parteien des Auslandes habe zur Geltung bringen wollen. Die erste milde Bestrafung mit einem Verweise habe Bujowitsch nur noch verteidigt gemacht und er hätte unverblümt erklärt, daß er für die Politik der Opposition auch weiterhin kämpfen werde. Das machte seine Absehung notwendig.

Man wird bald die Abtötung KPR mit kommunistischer Parteiführer-Kauschmiff auflösen.

Zum Verbot des „Stahlhelm“. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist die gegen das vom Oberpräsidenten in Magdeburg am 19. August d. J. verhängte Verbot der Zeitung „Stahlhelm“ vom „Stahlhelm-Verlag“ eingelegte Beschwerde durch Entscheidung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik vom 9. September d. J. als unbegründet zurückgewiesen worden.

Der verurteilte Magistrat.

Folgen des Personalabbaus in den Krankenhäusern.

Im städtischen Hospital in Buch wurde eine Schwester entlassen, weil sie die Anordnungen des Arztes nicht ausgeführt hat. Gegen diese Kündigung erhob sie beim Betriebsrat Einspruch, der dann die Klage vor dem Gewerbegericht anfruchtete. Der Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der als Rundanwalt hinzugezogen wurde, bestritt die Tatsache nicht, daß Anordnungen der Ärzte nicht ausgeführt wurden, wies aber einwandfrei nach, daß eine ordnungsmäßige Versorgung der Kranken infolge Personalabbaus nicht möglich sei.

Durch Zeugenvernehmungen wurde der Beweis erbracht, daß beispielsweise auf einigen Stationen dieser Anstalt die hilflosen Kranken nur alle 6 bis 8 Wochen einmal ein Reinigungsbad erhalten können. Das Personal ist ganz außerordentlich mit Arbeit überlastet, so daß Erkrankungen an Nervenerschöpfung, Nervenzusammenbrüchen usw. zu den Alltagslichkeiten gehören. In den letzten Jahren sind nicht weniger als 24 Fälle von Tuberkuloseinfektionen vorgekommen, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen sind, daß das Personal, insbesondere die Schwestern, infolge des anstrengenden Dienstes nicht widerstandsfähig sind.

Es konnte der Nachweis geführt werden, daß Schwestern gezwungen sind, mangels einer genügenden Anzahl fahrbarer Tragen die Patienten auf Tragbahnen zur Untersuchung in das 200 Meter weit entfernte Verwaltungsgebäude zu tragen, so daß infolge dessen gesundheitliche Schädigungen häufig vorkommen. In dieser Verhandlung wurde einwandfrei nachgewiesen, daß die Stadtverwaltung Berlin durch den ganz rigoros durchgeführten Personalabbau nicht nur mit der Gesundheit des Personals leichtfertig umgeht, sondern eine auch nur einigermassen ordnungsmäßige Versorgung der Kranken in Frage stellt.

Das Gericht konnte sich diesen Tatsachen nicht verschließen und verurteilte den Magistrat, die Schwester weiterzubeschäftigen oder ihr eine Entschädigung von 500 M. zu zahlen.

Es muß im Interesse der tranken Bevölkerung Berlins, auch wenn es sich, wie das im Hospital Buch der Fall ist, um arbeitsunfähig gewordene Proletarier handelt, verlangt werden, daß dieser Fall nicht als Einzelfall behandelt und abgetan wird, sondern daß man nun endlich dazu übergeht, dafür zu sorgen, daß solche Fälle für die Zukunft unmöglich gemacht werden.

Neuer Tarifvertrag bei der Müllabfuhr A.G.

Wie bereits mitgeteilt wurde, hatte die Berliner Müllabfuhr A.G. den bestehenden Tarifvertrag zum 30. September gekündigt und eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, die auf eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hinausliefen. So verkante sie unter anderem einschneidende Verschlechterungen der auf Grund des § 616 BGB. getroffenen Vereinbarungen, Verschlechterung der Entlohnung bei Unfällen und vor allem eine höhere Arbeitsleistung.

Nachdem eine Vollversammlung diese Forderungen, besonders die verlangte höhere Arbeitsleistung mit Entrüstung abgelehnt hatte, fanden nochmals Verhandlungen mit der Gesellschaft statt. Hier war es den Vertretern des Betriebsrates möglich, alle im alten Tarifvertrag enthaltenen Positionen ohne Abänderung in den neuen Vertrag wieder hineinzubringen. Bedinglich die bisher auf Grund des § 616 getroffenen Vereinbarungen haben eine Abänderung infolgedessen erhalten, doch anstatt wie bisher für 24 Werktage nunmehr nur noch für 12 Werktage Krankengeldzahlung gefordert wird. Dafür werden aber allen Arbeitern je nach der Dauer ihrer

Beschäftigung 1 bis 3 Tage Urlaub mehr gewährt als bisher, so daß etwa dreierhalb der Beschäftigten in den Genuss eines drei Tage längeren Urlaubs als bisher kommen. Die Lohnvergütung bei Betriebsunfällen bleibt unverändert bestehen.

Die Vollversammlung, die sich Dienstagabend mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigte, stimmte dem neuen Tarifvertrag zu, der nur unwesentlich von dem bisherigen abweicht. Damit ist die Lohnbewegung bei der Berliner Müllabfuhr A.G. beendet. Der Vertrag tritt am 1. Oktober in Kraft und ist mit vierwöchiger Frist kündbar.

Ein Konflikt in der Pelzbranche.

Man schreibt uns: Wie kürzlich im Wirtschaftsbericht des „Vorwärts“ festgestellt wurde, hat die Kürschner gute Konjunktur. Trotzdem finden die Hersteller der kostbaren Pelze kein ordentliches Auskommen. Zwei der größten Firmen, Freistadt u. Westmann, Hausvogteiplatz, sowie Mayer u. Cie., Lindenstraße, sind seit über acht Tagen von den selbständigen Kürschnern (Lohngeberbetrieblenden) gesperrt worden, da sie den schon abgekauften Tarif von 1925 nicht anerkennen wollen. Diese Firmen haben nun am Montag den Arbeitgeberverband der Pelzfabrikanten veranlaßt, alle selbständigen Kürschner auszusperren, falls nicht binnen drei Tagen die Sperre aufgehoben wird. Damit stellt der Arbeitgeberverband sich hinter den Tarifbruch.

Bei der letzten Verhandlung wurde den Kürschnern von den Unternehmern nahegelegt, die Löhne der Gehilfen und Arbeiterinnen (Wamiells) zu kürzen. Die Kürschner lehnten es jedoch ab, ihren Arbeitnehmern Hungerlöhne zu zahlen und sehen der angebotenen Aussperrung mit aller Ruhe entgegen.

Lohnforderung der Rheinschiffer.

Duisburg, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Verkehrsband teilt mit: Das Rheinschiffahrtspersonal hat den bestehenden Gehalts- und Lohnvertrag gekündigt und eine zehnprozentige Lohnerhöhung gefordert.

Wie die Reichsbahn mit ihren Beamten aufräumt.

12 400 Beamte sind wieder Arbeiter geworden. Wie aus einer von der Reichsbahn vorliegenden Statistik, die bis zum Juni d. J. reicht, hervorgeht, sind insgesamt 12 400 Beamte aus dem Beamtenverhältnis ins Arbeiterverhältnis übergeführt worden. Der größte Teil dieser früheren Beamten entstammt dem Fahrpersonal.

Die Hamburger Hafenarbeiter entscheiden heute.

Hamburg, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsarbeitsminister hat am Donnerstag — wie im gestrigen Abendblatt bereits mitgeteilt — den von seinem Vertreter am Mittwochabend in Hamburg gefällten Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Eine Versammlung der Vertrauensleute der Hamburger Hafenarbeiter beschäftigte sich am Donnerstagabend mit der durch die Verbindlichkeitsklärung geschaffenen Rechtslage. Ein positiver Beschluß wurde nicht gefaßt, da es der Organisationsleitung nicht möglich gewesen war, in der kurzen Zeit nach Bekanntwerden der Verbindlichkeitsklärung ihre Mitglieder zu unterrichten. Die Vertrauensmännerversammlung beschloß die Einberufung einer allgemeinen Mitgliederversammlung für Freitag vormittag um 9 1/2 Uhr. Es ist also damit zu rechnen, daß die erste Schicht der Hafenarbeiter nicht in die Betriebe gehen wird. Ob sich daraus ein allgemeiner Streik entwickeln wird, ist noch nicht zu übersehen.

Ueber die skandalöse Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers am Donnerstagabend durch den Reichs-

arbeitsminister, wodurch der Neunstundentag auf den Seeschiffen verfallen um ein volles Jahr verlängert wird, die Lohnsätze um ein halbes Jahr, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Gegen die Zechenlegungsbrutalität.

Die Bevölkerung wehrte sich gegen den Abbau.

Dortmund, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Zechenverwaltung „Bereinigter Margarete“ in Söbde hat am 27. September trotz eines Einspruchs des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Otter, die Genehmigung zum Abbau der Zeche erhalten. Da gleichzeitig die ursprünglich bis zum 16. Oktober verlängerte Sperrfrist aufgehoben wurde, gab der Stummkonzern Auftrag zur unverzüglichen Inangriffnahme der Abbrucharbeiten. Die hierzu von der Belegschaft der Zeche „Karoline“ hinzugezogenen Bergarbeiter weigerten sich entschieden, die Abbrucharbeiten auszuführen. Eine große Menschenmenge strömte zu dem Zechenplatz, um den Abbau der Zeche, die in der Bevölkerung als durchaus rentabel gilt, zu verhindern. Fast die gesamte erwerbsfähige Belegschaft mit Frauen und Kindern sowie zahlreiche Gemeindefunktionäre waren auf und vor dem Zechenplatz versammelt. Die Stimmung war außerordentlich erregt. Nachmittags trafen die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Otter und Limberg in Söbde ein. Auf Grund der kritischen Situation übermittelten sie ein dringendes Telegramm an die Reichs- und Staatsregierung, sowie an die Regierung in Arnberg mit der Bitte um Überprüfung der Abbruchgenehmigung.

Der preussische Handelsminister hat in Beantwortung des telegraphischen Appells der Landtagsabgeordneten telegraphisch zu einer am Sonnabend vormittag im Oberbergamt Dortmund stattfindenden Sitzung eingeladen, bei der die Angelegenheit der Zeche „Bereinigter Margarete“ in Söbde nochmals verhandelt werden soll.

Warnung für Tischler!

In der „Berliner Morgenpost“ sucht eine Firma M. Komowski, Dittmarchau i. Schlef., Büchsenstraße 7, 200 Möbel-tischler. Wir haben die Sache an Ort und Stelle untersucht und festgestellt, daß M. wohl in Dittmarchau als Untermieter wohnt, aber keinen Betrieb hat. Wir haben weiter festgestellt, daß es ihm nur darum zu tun ist, von den Bembern circa 3000 M. herauszuwindeln. Die Kollegen werden gewarnt, darauf hereinzufallen. Der Polizei in Dittmarchau ist Kenntnis gegeben. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Der Gauvorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes für Schlesien.

Achtung, Zimmerer! Nachdem eine Regelung der Arbeitsbedingungen mit der Firma Habermann u. Gudek-Liebold A.G., Unter den Linden 17/18, für die Baustelle Kausbahn am Bahnhof Eichkamp getroffen wurde, ist hiermit die Sperre aufgehoben. Die Kameraden haben gestern die Arbeit wieder aufgenommen.

Zentralverband der Zimmerer, Hauptstelle Berlin.

Verantwortlich für Politik: Dr. Kurt Geigert; Wirtschaft: Ernst Salzman; Gewerkschaften: J. Stelzer; Sozialdemokratie: Dr. John Schillowski; Kulturelles und Sonstiges: Fritz Barthel; Anzeigen: H. Glode; Musik in Berlin: Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 61, Lindenstraße 3. Seiten 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikanträge

überläßt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Rheinstraße 4310, 4048), Gehaltsliste 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Belegverteilung

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Boa-Lie
Zitronen-Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Aussschenk: Erfrischungsaum

Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Frisches Fleisch

| | |
|------------------------------------------------|--------|
| Hammel dicke Rippe u. Rücken, Pfund | 80 Pf. |
| Hammelkeule ganz u. geteilt, Pfund | 1 M |
| Kalbsskamm u. Brust, Pfund | 90 Pf. |
| Schmorfleisch und Roastbeef mit Knochen, Pfund | 95 Pf. |
| Schweinebauch u. Rücken, Pfund | 1 08 |
| Schweinekamm u. Blatt, Pfund | 1 15 |
| Lieser Pfund | 1 M |
| Kabler Speer u. Kamm Pfund | 1 30 |
| Gehacktes Fleisch Pfund | 80 Pf. |
| Prima Ochsenfleisch gefr., Pfund | 58 Pf. |
| Kamm u. Brust gefr., Pfund | 65 Pf. |

Wurstwaren

| | | | |
|---------------------------|------|-------------------------------------------------|------|
| Blutwurst Pfund | 0.75 | Fleischwurst Pfund | 1.55 |
| Leberwurst Pfund | 0.75 | Mettwurst Pfund | 1.55 |
| Landleberwurst Pfund | 1.20 | Zervelat u. Salami | 1.85 |
| Rotwurst Pfund | 1.20 | Schinkenspeck Pfund | 1.95 |
| Jagdwurst Pfund | 1.45 | Nußschinken Pfund | 2.00 |
| Schinkenwurst Pfund | 1.45 | Gänsebrüste in ganz. u. halben Brästen, Pfund | 3.20 |
| Speck fett u. mag., Pfund | 1.50 | Jeden Freitag Frische Blut- u. Leberwurst Pfund | 1.00 |

Butter u. Käse

| | | | |
|-----------------------------|------|--------------------------|------|
| Molkereibutter Pfund | 1.70 | Allgäuer Stang., Pfund | 0.65 |
| Tafelbutter Pfund | 1.84 | Gouda dänisch, Pfund | 0.82 |
| Dänische Butter Pfund | 2.08 | Edamer Pfund | 0.85 |
| Blauband u. 1/2 Pfund-Paket | 0.45 | Holländer Pfund | 0.85 |
| Margarine Pfund | 0.56 | Steinbuscher Pfund | 0.95 |
| Schweineschmalz | 0.84 | Tilsiter vollfett, Pfund | 0.98 |
| Limburger Pfund | 0.54 | Schweizer beyr., Pfund | 1.10 |
| Brickkäse Pfund | 0.58 | Emmentaler Pfund | 1.45 |

Gebannter Kaffee eigene Rösterei

| | | | |
|---------------------------------------|------|-----------------------|------|
| Konsum-Misch Pfund | 2.40 | Olympia-Misch, Pfund | 3.40 |
| Haushalt-Misch, Pfund | 2.60 | Globus-Misch, Pfund | 3.80 |
| Sonder-Misch, Pfund | 3.00 | Residenz-Misch, Pfund | 4.20 |
| Spezial-Mischung mit 20% Bohnenkaffee | 0.78 | mit 40% Bohnen | 1.20 |

Wein

Preise für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas

Während der Deutschen Wein-Woche vom 1. bis 9. Oktober ausgesuchte Qualitäten zu besonders ermäßigten Preisen.

| Rheinwein | Moselwein | | |
|------------------------------------------------------------------------------|-----------|--------------------------------------------------------------|------|
| 1922 Roxheimer weinlig, mild . . . | 0.77 | 1922 Berncasteler angenehm, mild | 0.80 |
| 1924 Planiger-Rosenberg sehr an-sprechend | 0.80 | 1924 Caseler Riesling würzig blumig | 0.95 |
| 1922 Maikammerer gehaltv., blumig | 0.95 | 1924 Edigerer Feuerberg sehr pikant | 1.10 |
| 1924 Burg Sponheimer Schloßb. lieblich, satzig | 1.05 | 1922 Trittenheimer Oik spritzig, an-sprechend | 1.25 |
| 1920 Dürkheimer Schenkenböhl Weichl. Rotgaber, reisz. Kreuzerwein | 1.25 | 1922 Piesporter Goldtröpfchen Wachstum Veith, satzig, Sott | 1.50 |
| 1921 Niersteiner satzig, pikant | 1.55 | 1921 Niedermennig, Eucharisusb. fehlblumiger Saar | 1.70 |
| 1924 Niersteiner Domtal bestech. süße Art | 1.70 | 1921 Brauneberger Riesling pikant/er Dinermosel | 2.20 |
| 1920 Rudesheimer Berg Spätlese duftiger Rheingauer | 1.90 | 1921 Graacher Himmelreich Wachstum Weingut Richter, spritzig | 2.60 |
| 1920 Forster Schnepfenflug Wachstum Winzerverein, fein, blum., Pfalzwe. | 2.00 | Rotwein | |
| 1922 Binger Eisell Original-Ahfüll, m. Korkbr. Hess. Staatsdomäne, eleg. Art | 2.50 | 1922 Ingelheimer Rot | 1.25 |
| 1921 Hambacher Schloßberg Spät-lesse Kellerung J. C. Hoch | 3.00 | 1921 Mottenheimer Michelberg Wachstum Muth | 1.50 |

Konserven

| | | | | | |
|-----------------------------------|------|------------------------------------------------|------|--------------------------------------------------|------|
| Karotten geschitten 1/2 Dose | 0.40 | Junge Erbsen mittelfein, mit Karotten 1/2 Dose | 0.92 | Gulasch u. Rindfleisch 1/2 Dose | 1.35 |
| Drech-Bohnen I 1/2 Dose | 0.85 | Pfefferlinge 1/2 Dose | 0.85 | 3 Paar Würstchen mit Sauerkraut | 0.90 |
| Junge Erbsen 1/2 Dose | 0.73 | Pflaumen mit Stein 1/2 Dose | 0.70 | Oelsardinen 30, 48, 78 Pf. | |
| Junge Erbsen mittel-fein 1/2 Dose | 0.92 | Birnen ganze Frucht 1/2 Dose | 0.65 | Norwegische Sardinen in Tomaten 0,48 in Oel 0,40 | |
| Leipziger Allerlei 1/2 Dose | 0.85 | Ananas Extra-Qualität 1/2 Dose | 1.85 | | |

Konfitüren Pflaumen, Orangen 1 05 Johannisbeer 1 15

Teigwaren Marke „Drei Glocken“

| | | | |
|------------------------------------|------|----------------------------------------------------|------|
| Hartweizen-Makkaroni 1-Pfund-Paket | 0.75 | Eier-Schnitt- und Faden-Nudeln 1-Pfund-Paket | 0.90 |
| Hartweizen-Spaghetti 1-Pfund-Paket | 0.80 | Eier-Spätzle, -Reis und -Schleifchen 1-Pfund-Paket | 0.90 |
| Eier-Röhrchen 1-Pfund-Paket | 0.90 | | |

Im Wintergarten Leipziger Platz Kakteen-Schau

Reichh. Sortimente Topf 35 Pf. an Greisenhäupter echte Topf v. 5 M an

Holländische Blumenzwiebeln

| | | | | | |
|-----------------------|--------|-------------------|--------|--------|--------|
| Tulpen 3 Stück | 25 Pf. | Nyazinthien Stück | 25 Pf. | 45 Pf. | 65 Pf. |
| Nyazinthengläser weiß | 20 Pf. | blau | 25 Pf. | | |

Fische

| | |
|-----------------------------------------|--------|
| Grüne Heringe schwed. Pfund 0.22 | 16 Pf. |
| Makrelen Pfund | 20 Pf. |
| Goldbars ohne Kopf, ganze Fische Pfund | 24 Pf. |
| Schellfische Pfund 0.30 u. | 24 Pf. |
| Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund | 26 Pf. |
| Frische Brateteichte Pfund | 90 Pf. |

Geflügel

| | | |
|--------------------------------------------|--------|-----|
| Suppenhühner u. Hühner Pfund | 85 Pf. | 110 |
| Junge Gänse Pfund | 95 Pf. | 115 |
| Suppenhühner holländische Pfund | 130 | 135 |
| Junge Brathühner Pfund | 135 | 150 |
| Mirschfleisch Pfund 70 Pf. Ragout an Pfund | 40 Pf. | |

Räucherwaren

| | | |
|-----------------------------|-------------------------|------|
| Fettbücklinge Pfund 0.33 | Bücklinge kleiner Pfund | 0.45 |
| Flundern Pfund 0.38 u. 0.32 | Aale Pfund | 0.52 |
| Lachs in Stücken Pfund | 1.90 u. 1.40 | |

Obst u. Gemüse

| | | | |
|---------------------------|------|------------------------|------|
| Butterbirnen Napol. Pfund | 0.08 | Weißkohl Pfund | 0.03 |
| Beurre blanc Pfund | 0.08 | Rotkohl Pfund | 0.04 |
| Kaiserkronen Pfund | 0.09 | Wirsingkohl Pfund | 0.04 |
| Eß- u. Kochäpfel Pfund | 0.09 | Möhren Pfund | 0.04 |
| Goldparmänen Pfund | 0.15 | Kürbis im Ganzen Pfund | 0.04 |
| Rote Stettiner Pfund | 0.20 | Rüben Markt 2 Pfund | 0.15 |
| Kurtrauben Pfund | 0.28 | Zwiebeln 5 Pfund | 0.20 |
| Kranzfeigen Pfund | 0.35 | Kartoffeln 10 Pfund | 0.30 |
| Preiselbeeren Pfund | 0.50 | Bananen 3 Pfund | 1 M |

Kolonialwaren

| | | | |
|----------------------------|------|----------------------|------|
| Tafelreis Pfund | 0.24 | Weizengrieß Pfund | 0.27 |
| Auszugmehl Pfund | 0.26 | Eier-Makkaroni Pfund | 0.52 |
| Neue Viktoria-Erbsen Pfund | 0.33 | | |

Konfitüren

Holländischer Kakao Marke Kamphuis in Biedchen

| | | | | | |
|------------------|------|--------------------------|------|-----------|--------|
| 2 Pfund | 2 00 | 1 Pfund | 1 00 | 1/2 Pfund | 80 Pf. |
| Schokolade Pfund | 1.00 | Teegebäck Pfund | 1.40 | | |
| Sandgebäck Pfund | 1.00 | Zwiebackschokolad. Pfund | 1.12 | | |



Wer kennt nicht die grauen Boote mit schwarzrotgoldener Flagge, geführt und besetzt von frischen Gestalten in blauer Uniform: den Reichswasserschutz. Welcher wirkliche Wasserportier hat nicht die Schaffung dieser Einrichtung begrüßt, ist sie doch, entsprechend ihres Namens, ein Schutz und ein hilfsbereiter Freund für alle, die Erholung und körperliche Erfrischung auf den Gewässern suchen. Die außerordentliche Zunahme des Wasserverkehrs erforderte einerseits eine leitende Hand und die Tüchtigkeit des Windes und Wassers eine Stelle, die bei allen Unfällen mit der größten Schnelligkeit sachgemäß Hilfe bringt.

Gründung und Aufgaben.

Der Reichswasserschutz wurde im Jahre 1919 in Form von freiwilligen Motorbootverbänden gegründet. Das Personal bestand aus früheren Marineangehörigen. Ursprünglich war er dem Reichswehrministerium unterstellt, dann wurde er im Herbst 1919 dem Reichsministerium des Innern untergeordnet. Von diesem wurde er wiederum am 1. April 1922 vom Reichsverkehrsministerium übernommen. Seine ursprüngliche Stärke war über 2000 Mann im ganzen Reich und wurde im Laufe der Zeit auf 1200 Mann vermindert. Die erste Etatsverminderung wurde von der Reichsregierung im Jahre 1922 vorgenommen. Während des allgemeinen Beamtenabbaus befahte sich dann wiederum der Reichsminister vom Frühjahr bis Dezember 1923 mit der Behörde und stellte im Einvernehmen mit der Reichsregierung nach eingehender Prüfung fest, daß eine Personalstärke von 1200 Köpfen unbedingt erforderlich sei, wenn er die ihm zufallenden Aufgaben erfüllen sollte. Schon seit seiner Gründung haben sich außerordentlich Schwierigkeiten wegen seiner Unterstellung ergeben, wie aus dem verschiedenen Wechsel hervorgeht. Diese Schwierigkeiten lagen in erster Linie darin, daß die Polizeihobeltandesache ist, der Reichswasserschutz aber eine Reichsorganisation ist.

Die Aufgaben des Reichswasserschutzes sind im allgemeinen dieselben wie die der Schutzpolizei auf dem Lande. Im Vordergrund steht die allgemeine sicherheitspolizeiliche Tätigkeit: Verhinderung von Diebstählen, Fahndung nach von Vertriebenen gesuchten Personen, Regelung des Verkehrs auf den Wasserstraßen, Hilfeleistung bei Unfällen, das Suchen der Leichen verunglückter Personen, Schutz der Fischerei usw. Die Tätigkeit ist also außerordentlich umfang-

reich. Einer unübersehbaren Anzahl von Menschen ist durch das rechtzeitige Eingreifen des Reichswasserschutzes das Leben gerettet worden. Den Diebstählen, insbesondere von Booten, wurde ein Riegel vorgeschoben oder die entwendeten Boote konnten nach kurzer Zeit den Eigentümern wieder zugestellt werden. Diese Aufgaben werden durch Streifen zu Boot, Fuß und Rad oder im Winter auf Schlittschuhen, auf den ostpreussischen Haffs sogar auf Segelschiffen durchgeführt. Die Beamten des Reichswasserschutzes müssen deshalb außer der allgemeinen polizeilichen Ausbildung, wie sie ihre Kollegen zu Lande erhalten, auch noch eine seemannische und technische erhalten. Werden sie doch bei etwaigen Unfällen für die ihnen anvertrauten Boote haftbar gemacht. Sie tragen also eine außerordentliche Verantwortung. Besonders in den großen Seehäfen, wie Hamburg, Bremen und Stettin mit ihrem starken Wasserverkehr sind die Gefahren besonders groß.

„Künftig wegfallend.“

Die Behörde ist zurzeit in folgender Weise gegliedert: dem Reichsverkehrsministerium ist die Leitung des Reichswasserschutzes in Berlin unmittelbar unterstellt. Dieser wiederum untersteht 8 Polizeibezirke, und zwar Ostpreußen, Ober-Oder, Unter-Oder, Mark, Ober-Elbe, Schleswig-Mittler-Elbe, Unter-Weiler-Oms, Ober-Weiler. Außerdem besteht noch die Reichswasserschutz-Polizeischule in Spandau, auf der der Nachwuchs ausgebildet wird. Den Polizeibezirken unterstehen 22 Reichswasserschutz-Kommandos. In Groß-Berlin und Umgebung befinden sich folgende Polizeikommandos: Berlin, Schiffbauerdamm, Baumgartenweg, Spandau-Hakenfelde, Potsdam. Die Leitung des Reichswasserschutz-Polizeibezirks „Mark“ ist in Potsdam. Die Beamten des Reichswasserschutzes sind auf 12 Jahre angestellt, wie dies zurzeit auch bei der Schutzpolizei der Fall ist. Sie scheiden in der Regel nach dieser Zeit mit entsprechender Versorgung aus. Der Reichstag hat nunmehr am 27. März d. J. beschlossen, den Etat des Reichswasserschutzes als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen. Kurz vorher war das Verordnungsgebot für die Beamten beim Reichswasserschutz vom Reichstage verabschiedet worden, auf das die Beamten seit 1919 warteten. In dieser Zeit hatte naturgemäß ungefähr die Hälfte der Beamten ihre zwölfjährige Dienstzeit vollendet, so daß erhebliche Teile den Reichswasserschutz verlassen. Durch den erwähnten Bescheid im Etat ist es aber unmöglich geworden, diese Stellen neu zu besetzen. Dadurch verringerte sich der Personalbestand erheblich, während sich das Aufgabengebiet nicht verminderte. Die Folge davon ist ein verminderter polizeilicher Schutz auf den Wasserstraßen und eine auch von uns bereits festgestellte Zunahme der Diebstähle. Ebenfalls ist es nicht mehr möglich, bei Unwetterskatastrophen, wie wir sie kürzlich auf den märkischen Gewässern erlebten, ausreichend Schutz und Hilfe zu stellen. Diese Schwierigkeiten müssen sich immer mehr verstärken, da im Laufe der Zeit ständig weitere Beamte den Reichswasserschutz verlassen, weil sie wegen der ungelösten Lage keine Fortkommensmöglichkeiten sehen. Haben doch schon seit Mitte 1923 leinerlei Beförderungen innerhalb des Reichswasserschutzes stattfinden können und nunmehr sind sie wieder gelyert. So sind die Beamten des Reichswasserschutzes durchschnittlich 4 Jahre dienstälter als die in den gleichen Dienstgraden der Schutzpolizei. Wenn von den zuständigen Stellen und vom Reichstage nicht bald eingegriffen wird, so wird in absehbarer Zeit von einem polizeilichen Schutz auf

den Wasserstraßen durch den Reichswasserschutz kaum noch gesprochen werden können. Der Reichstagsbescheid war herbeigeführt, um die Regierung zu zwingen, endgültige Klarheit über die zukünftige Organisation und Unterstellung des Reichswasserschutzes zu schaffen. Diese Klärung ist aber so dringend, daß sie auf längere Zeit nicht mehr hinausgeschoben werden kann, wenn nicht die Allgemeinheit darunter leiden soll. Wir halten es für das Gebotene, wenn die Behörde, entsprechend ihrem Aufgabengebiet, den Schutzpolizeien der Länder angeschlossen wird. Dies läge auch im Interesse einer Vereinheitlichung der auf den Wasserstraßen tätigen Polizeior-gane.

In einigen Hafenstädten, z. B. Stettin, Altona, Emden sowie in den Hansestädten besteht außer dem Reichswasserschutz noch eine Hafen- und Schiffschutzpolizei. Eine Vereinigung würde einmal dem Nebeneinanderarbeiten ein Ziel setzen und gleichzeitig den Sparmaßnahmen des Reichsfinanzministers entsprechen, daß nicht Beamte, sondern Behörden abgebaut werden. Aber nochmals: Eile tut not, wenn diese wertvolle Einrichtung während des Streites der Parteien nicht zugrunde gehen soll.

Die Hundesteuer.

In letzter Zeit sind auf Veranlassung des Weltbundes zum Schutze der Tiere (Geschäftsstelle Berlin-Steglitz, Humboldtstr.) Mitteilungen über die nach der Hundesteuerordnung zulässigen Erleichterungen verbreitet worden, die einige Jertümer enthalten. So ist fälschlich angegeben, daß Schwerhörige einen Hund frei bekommen und ferner, daß die Hundesteuerbefreiungs- und Ermäßigungsanträge mündlich bei den zuständigen Finanzämtern zu stellen sind. Zur Berichtigung werden nochmals die einschlägigen Bestimmungen der Hundesteuerordnung, die durch den 11. Ratsertrag vom 24. Juni 1926 mit dem 1. Juli 1926 in Kraft getreten sind, bekanntgegeben: Für kinderlose Ehepaare über 50 Jahre und alleinlebende Personen über 50 Jahre, die ein Jahreseinkommen unter 1200 Mark haben, wird auf Antrag die Steuer für einen einzigen Hund auf 1/2 ermäßigt. Die gleiche Ermäßigung erhalten Schwerhörige, die auf das Halten eines Hundes angewiesen sind. Die Ermäßigungsanträge können schriftlich oder mündlich gestellt werden. Sie sind stets an das zuständige Bezirkssteueramt zu richten.

Der Weg des blinden Bruno.

Roman von Oskar Baum.

Die Zusammenarbeit mit Alwin wurde ihm nicht leicht. Unbeweglich und gleichgültig, ein Klumpen Lehm, stand er oft eine ganze Weile mitten im Zimmer oder auf dem Gang, hörte nicht, wenn man ihn anrief, kam zuweilen in ein sonderbares, immer schnelleres Pendeln des Oberkörpers und flüsterle in höchster Begeisterung, mit vor Eile zuckendem Atem, sinnlose, fremdartige Silben vor sich hin. Oft bei wichtigen Gelegenheiten wühlte er auf einfache Anreden nicht drei Worte aneinanderzureihen, so, te oder schwieg auch völlig, ganz blank vom Schrecken über sein Benehmen. Kam er aber aus einem Konzert, aus der Oper, dann blühten lange Sätze, halbe Akte, das erstemal gehört, unter seinen Fingern aus den Tasten, daß alle Instrumente und Sänger zu hören waren. Das er knapp vor der Stunde vergessene Aufgaben, ganze Fugen und Sonaten, wenige Male durch und spielte sie dann besser als alle anderen zu Opprechts Lob, oder man gab ihm Themen zu variieren, Gassenhauer, beliebige stumpfe Tonfolgen, und es baute sich eine Phantasie aus Uebermut, Lachen und Schauern des Wehs, aus Trauen und Sehnsucht und weiten Sonnensflächen unendlichen Friedens — dann war es wie ein außer menschliches Wunder.

Gegen solche Kraft stand Brunos dünnes angespanntes Talentchen; aber er verzweifelte nicht; bis an den Rand des Erzwingbaren wollte er vordringen! Gab's Schwieriges in der Theorie und der Lärm bei Tage ließ nirgends Sammlung zu, nahm er Papier und Taschentafel mit ins Bett. Das gedämpfte Picken des Stahlstichels unter der Decke, die vielen Atemzüge der Schlafenden machten die Stille noch tiefer. Manchmal geschah es, daß er vor Freude über eine schöne Engführung, gelungene motivische Kleinarbeit, selbständige Melodie auch der Nebenstimmen, in lautes Singen geriet und einige müde in ihren Betten zu fallen begannen oder auch wohl verschlafen herankamen, ihn zu wecken, da sie dachten, er finge im Traum. — Mit unnachgiebiger Zähigkeit bohrt er in sein scharfes Gedächtnis immer von neuem mechanisches gefühlofes Gewirre der Claviersfiguren, die, kaum erobert, nicht mehr gebraucht wurden, und aus unerschöpflicher Hölle schnellten für jeden erschlagenen Feind zehn stärkere, neue. Alwin schrieb unordentlich und fehlerhaft Noten, spielte das meiste nur ungenau, vergaß alle Regeln, kaum daß er sie, nicht ohne Anstrengung, endlich begriffen hatte, beson-

ders die Befehle vom „strengen Satz“, die der greife Liebhaber und Meister des klassischen Kirchenstils unerbittlich handhabte. Nicht in revolutionärer Absicht, nur ganz dem Instinkt ausgeliefert, hielt Alwin immer wieder für das Vorgesetzte, Richtige das, was seinem eigensinnigen Geschmack wohltat; und das waren oft gerade Dissonanzen, ganz unaufgelöste Quintenfolgen, sprunghafte Stimmführung.

Auf Herrn Opprecht machten die schön hinströmenden kleinen Phantasiefüße, die von Fehlern winnelten, gar keinen Eindruck. Er forderte trocken ausgerechnete Akkordfolgen. Und das Schlimmste war: Manchmal setzte gerade Alwins Denkmöglichkeit aus, wenn ihm der Lehrer etwas erklärte oder ihn prüfte, und er konnte sich nicht zusammenraffen; sein Wille, sein Geist war wie eine Tür mit Knopf: sie ging nur von innen auf.

Opprecht erklärte alles wichtige Neue bald nurmehr Bruno, erteilte ihm alle Aufträge, verlieh sich bei den Einstudierungen der Jöglingkapelle und des Chors auf Bruno.

Als einmal bei einer Oratoriumsaufführung zugunsten der Anstalt ein Jögling den Orgelpart übernehmen sollte, kam ganz selbstverständlich nur Bruno in Betracht. Alwin würde sich vor dem Saal voll Menschen ganz unmöglich benommen haben.

Bruno schämte sich wie schuldbehaftet, stand zuweilen voll Mitleids und Ehrfurcht vor Alwin wie vor einem, an dem alle Welt und Gott sich verständigte hatte. Er mühte sich ab, ihn zu ändern, ihm die vorerstreckten Hände abzugewöhnen, das gefistesabwählende Mauertrahen und Lallen; er turnte mit ihm, ihm gerade Haltung, Beweglichkeit und Sicherheit beizubringen, machte Aufgaben für ihn, puhte nicht selten seine Schuhe, damit er, der nie zum Frühstück zureichfam, nicht jedesmal bestraft würde. Bruno wollte nicht begreifen, daß es einen Menschen geben sollte, dem zu helfen es unmöglich war.

Alwin war auch faul — das bewunderte Bruno am meisten — eine Faulheit von unschuldsvoll, kindlich-natürlicher Sorglosigkeit. Bruno fand jede Minute des Tages zu wenig ausgenüht, und Alwin hatte für die unwichtigsten Dinge immerfort Zeit!

Da bat ihn Franzj Torpas, ihr die Notenschrist und etwas höhere Musiklehre beizubringen, ihr Zither- und Lautenspiel auszubessern. Sie wühlte für eine Zitherlehrerin in einem Heimatsdorf einiges Bedürfnis, auch sang sie gern Lieder aus den heimatischen Bergen zur Laute und Zither — ihre breite offene Aussprache mit dem etwas schleppenden Dialektklang

paßte gut dazu — und sie wollte es dahin bringen, Melodien, die sie hörte, selbst zusammenzustellen und mit Begleitung versehen zu können.

Unangemeldet Unterricht wie überhaupt häufiges Zusammensein von Knaben und Mädchen war verboten; aber derlei kümmerte Franzj nicht. Sie war bei allen beliebt mit ihrem natürlichen geraden Wesen, besonders beim Direktor, weil sie allen Besuchern durch ihre hohe Gestalt und frische derbe Gesundheit auffiel; ein Reklamebild der Anstaltsfläche! Einmal trat Bruno ins Musikzimmer des Mädchentrakts. Da schrie Franzj eben Alwin sehr an, verzieht ihm vielleicht sogar eines oder schlug sie nur auf den Tisch?

„Do!“ sagte Bruno. „Jetzt rede ich hier eine Ewigkeit schon von der gleichen Stelle aus, endlich antwortet er und wieder dort gegen den Kasten hin!“ rief sie erregt. „Was soll aus dem Menschen werden, wenn er sich auch draußen unter den Sehenden so benehmen wird?“

„Und du gehst noch hinaus zu ihr?“ fragte Bruno Alwin am nächsten Tage erstaunt. „Das läßt du dir gefallen?“

„Sie meint es ja nicht so,“ sagte Alwin, „sie ist so —!“ Erschrocken über das sinnlose dumme Zeug, das herauskam, wenn er etwas nicht ganz zu sagen wagte, schob er sich heran, schauaufend und ängstlich zitternd, weil er etwas gestehen wollte: „Weißt du — sie hat eine schöne Stimme! Ich höre nur immer zu und vergesse aufzupassen. Und sie wird jörnig, wenn ich nicht weiß, was sie jagte. Hat sie nicht recht, ganz recht?“ Und er schnaute noch eine Weile und griff an Brunos Rock herum; aber Bruno schwieg. Er mußte sich zurückhalten. Er war zu erbittert!

Es war schon einer der letzten Spätsommerabende. In das einsame abseits gelegene Musikzimmer kam wenig von den Geräuschen des Hauses. Schwer und still, schon halb im Schlaf waren alle Dinge nach dem langen Schultag.

Bruno sah vor dem Klavier — nie gefühlte Gewalt rauschender gestaltloser Hoffnungen hob ihn aus sich hinaus, hoch empor, trug ihn — ein Wirbel dunkeln Verlangens nach unbekannten großen Dingen — und seine Finger griffen statt der Tonleitern und Etüden für die morgige Stunde, wie von Geisterhand geführt, fremde wunderbare Klänge.

Durch das offene Fenster neben ihm kam fast geruschtes weiches Wehen, nur mit leisen, geheimnisvollen Regungen in den vielen verstreuten Wipfeln lag drunten der weite nächtliche Garten. (Fortsetzung folgt.)

Letzter Tag Polizeikongress.

Nach vier tägiger Arbeit ging der Internationale Polizeikongress gestern zu Ende. In der Reihe der Vorträge waren einige noch besonders zu erwähnen, so u. a. das äußerst interessante Referat Dr. Franz Brandl-Wien über die „Bekämpfung des Alkohols durch polizeiliche Fürsorge“. Die Wiener Polizei befindet sich mit ihrer vorübergehenden Tätigkeit in bezug auf „wegen Ordnungswidrigkeiten beanstandete Alkoholverkäufe“ auf richtigem Wege. Sie hat in Wien 14 Kommissariatsfürsorgestellen eingerichtet, in denen sie Trinkerfürsorge betreibt; außerdem verfügt sie über Helfer, die Hausfürsorge ausüben. Dr. Brandl glaubt, daß der Rückgang der Alkoholanforderungen von 71 Proz. auf 60 Proz. während der dreijährigen Fürsorgetätigkeit der Polizei nicht zuletzt auf die letztere zurückzuführen sei. In Verbindung mit diesem Vortrag sprach sich Regierungsdirektor Dr. Weiß für die Notwendigkeit aus, eine genaue Statistik der Alkoholkriminalität in die Wege zu leiten.

„Für die internationale Bekämpfung der Geldfälschungen“ sprach der Wiener Polizeidirektor Dr. Schulz und über „Scheckbetrug und Scheckfälscher“ der Wiener Regierungsrat Dr. Franz Betters. Wie der eine, so auch der andere führten eine Reihe äußerst interessanter Fälle an, aus denen einerseits die Gefährlichkeit dieser Fälscher und andererseits die Notwendigkeit ihrer internationalen Bekämpfung hervorging. Das Ueberhandnehmen der Geldfälschungen nach dem Kriege hatte sogar den französischen Ministerpräsidenten Briand in Verbindung mit der Budapestier Frankenfälscheraffäre veranlaßt, sich an den Völkerbund zu wenden. In dem diesbezüglichen Brief wurden Maßnahmen internationaler Art gefordert und eine Verschärfung und gegenseitige Angleichung der internationalen Strafgesetze angeregt. Schließlich behandelte Polizeidirektor Schulz auch die Mängel auf dem Gebiete des Auslieferungswesens. Er machte sich im großen und ganzen die Beschlüsse des im Jahre 1926 in Wien abgehaltenen Kongresses für internationales Recht zu eigen, der sich für den Abschluß eines Weltauslieferungsvertrages aussprach, der Aufstellung eines Verzeichnisses der Delikte bzw. der Strafen, welche die Auslieferung obligatorisch machen, forderte und die Zulässigkeit der Verweigerung der Auslieferung nur in dem Falle gelten lassen wollte, wo es sich um einen eigenen Staatsbürger handelte. Die zahlreichen Beschlüsse des Kongresses machen sich im allgemeinen die Grundzüge der Referate zu eigen. So empfiehlt der Kongress die Frage der weiblichen Polizei der Aufmerksamkeit aller Regierungen und Polizeiverwaltungen. Er empfiehlt ferner, dem Vortrag des Professors Renz gemäß, die Errichtung kriminalbiologischer Untersuchungsstellen bei den obersten Polizeibehörden, Gerichten und Strafanstalten. Der Kongress ersucht die Delegierten, in ihren Ländern dahin zu wirken, daß der Besitz von Feuerwaffen schärfer kontrolliert und der Mißbrauch unter schwere Ahndung gestellt werde; er spricht sich gegen den diplomatischen Weg im Auslieferungswesen aus und plädiert für die Erleichterung in der Verfolgung flüchtiger Verbrecher auf fremdem Gebiete, die Einführung des unmittelbaren Verkehrs der Sicherheitsbehörden und die Errichtung von Zentralen in den einzelnen Ländern. Der Kongress fordert ferner die Delegierten der Länder auf, dafür zu sorgen, daß von der internationalen kriminalpolizeilichen Kommission herausgegebene Polizeitelegraphentexte in ihren Ländern tatsächlich zur Einführung gelangen. Endlich begrüßt der Kongress die Errichtung eines internationalen Bureaus zur Bekämpfung von Geldfälschungen durch den Völkerbund und erklärt sich bereit, sich diesem Institut zur Verfügung zu stellen. Zum Schluß sei im Wortlaut der bedauerenswerten Beschlüsse des Kongresses wiedergegeben, der in Verbindung mit den reaktionären Thesen des berühmten Wiener Richters Dr. Ramsauer angenommen wurde. Er lautet: Der Kongress nimmt den Bericht des Hofrates Dr. Ramsauer über einzelstaatliche Rechtspflege und internationale Verbrechensbekämpfung zur Kenntnis. Der Kongress bedauert, daß in der Bekämpfung des Verbrechens ein verfallener Menschlichkeitsbegriff immer mehr zur Geltung kommt, welcher die Rechtspflege verwirrt und dadurch einerseits die Rechtssicherheit untergräbt, andererseits den Kampf der Polizei gegen das Verbrechertum schwer beeinträchtigt und schließlich die Autorität von Gericht und Polizei erschüttert.

Sieht man von der betrüblichen Entgleisung, die in dem letzten Beschlusse steckt, ab — vielleicht war es aber auch mehr als nur eine Entgleisung —, so wird man anerkennen müssen, daß der Internationale Polizeikongress seiner schwierigen Aufgabe, neue Mittel und Wege in der internationalen Verbrechensbekämpfung zu weisen, gerecht geworden ist. Der Präsident des Kongresses Dr. Schöber wird das Richtige getroffen haben, als er in seinem Schlusswort von der Notwendigkeit gesprochen hat, dem Verbrecher in erster Linie menschliches Verständnis entgegenzubringen. Der Boden dieser Menschlichkeit darf aber natürlich auch bei der Bekämpfung des internationalen Verbrechertums nicht verlassen werden. Letzten Endes bilden die internationalen Verbrecher nur einen verschwindend kleinen Teil der Rechtswertiger überhaupt. Ebenso wie diese sind auch jene schließlich Opfer unserer sozialen Mißstände. Deshalb war es verfehlt, von einem verfallenen Menschlichkeitsbegriff zu sprechen.

Polizei-Psychologie.

Ein Streifzug durch anderthalb Jahrhunderte.

Auf der Polizeiausstellung am Kaiserdamm befindet sich in Halle I die Kofe P 30, die das Signum: „Historische Polizeiformen von 1787 bis 1918“ hat. Hier ist der Besuch gemacht worden, über die Darstellung primitiv-fantastischer Typen

der einzelnen Stilepochen hinaus eine gewisse Psychologie des Polizisten als Vertreter der Staatsautorität, sowie des Bürgers im Wandel seines Verhältnisses zur Polizei zu schaffen. Ist auch das Grundfächliche dieser Kofe nur angedeutet, so regt es doch zu mancher interessanten Betrachtung an.

Da ist zunächst der „Polizei-Sergeant“ aus dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Der Bild des Mannes ist von einer gutmütigen Verlässlichkeit, seine Art eine herablassende Geste vom Wiedertal unerschütterlichen Selbstbewußtseins. Die Uniform des Sergeanten ist ein Höchstmaß von Dekoration. Troddeln in Gold und Silber, eine pompös-needische schwarzweiße Halskrause, weiße Hufe, gefütterte Handschuhe, ein wahrhaftiges Schmuckstück aus der Zeit der Duobesirften. Dann der „Polizey-Commissarius“ aus dem Jahre 1787: Samaschen, weiße Hosen, Ueberzug, Spizhut, Stoch, Degen und Joppe — der Typ des Grandjeigneurs —; selbst die spitzbüßliche Physiognomie des zügellosen Vollsocräters fehlt nicht. Der daneben abkontrierende Bürger macht einen beängstigend hilflosen Eindruck, ist ein Bild völliger Subordination und vertrottelter Bedientenhaftigkeit. Der Bürgergardist von 1810 mit riesig wallendem Helmhauch und langem Säbel zeichnet sich durch eine ungläubliche Arroganz aus. Der Bürger ist mürrisch-depot. Erste Anzeichen der Opposition. Schwarzrotgoldene Sturmögel. 1830: Galvanismus eines der unzähligen deutschen Fürstentümer. Eine geradezu konfuse Aufmachung der polizeilichen Vorderaufgabe. Troddeln, Schnüren, dekorative rote Streifen — die Landesbesitzer ließen sich den Spatz etwas kosten — die Zeche bezahlen die Landesländer. 1848: Sturm und Drang in Preußen. Herr Bezirkswachmeister, sagen wir Müller aus Rixdorf. Biederer Kleinbürgerlicher Mittelständler. Das Ganze ein wenig patriarchalisch-gemühtlich und spießig. Motto: „Bei Regenwetter findet die Revolution im Saale statt.“ — Schwarzrotgoldene Kotarde an Hüfte und — Zylinder. Horn, Säbel und Gewehr. Hier taucht der Grundgedanke demokratischer Polizeieinrichtungen zum ersten Male auf: Schutz-Mann. Die groteske Aufgeblasenheit, das ekelhafte Bickigsein, das die „Polizisten seiner Majestät“ ihrem Chef abgekauft hatten, kommt in den Karikaturen des „kaiserlichen Blauen“ drastisch zum Ausdruck. Wie sich ein Mann mit mächtigem Schnauzbart a. B. abmüht, einen Landstreicher einzubringen, ist ebenso komisch wie für das System der Schreckenspolizei des monarchistischen Regiments bezeichnend. Und zum Schluß fehlt die Selbstkritik nicht. Republikanischer Schupomann und -offizier um 1919. Das zu Militärliche der Ausbildung, der übertriebene Drill gewisser Polizeioffiziere ist in dem „Hand an der Holennot“ des Beamten sehr gut illustriert. Der Offizier trägt das Monokel und martialisch aufgepumpte Kniebohlen. — Selbstkritik bei Behörden ist etwas Seltenes und — wenn man sie antrifft — Wertvolles.

Keine Kinder in die Polizeiausstellung!

Man schreibt uns: Am gestrigen Tage wies die Polizeiausstellung besonders in den Nachmittagsstunden einen sehr lebhaften Besuch auf. Es muß hier auf einen Mißstand aufmerksam gemacht werden, der dringend der Abhilfe bedarf. Noch immer ist Kindern der Zutritt zur Ausstellung gestattet. Nicht nur 13- und 14-jährige passieren anstandslos die Kofen der ausländischen Staaten (so sah man gestern 10- und 12-jährige Jungens vor dem photographischen Ausgange der polnischen Polizei, die u. a. Schandungen und schreckliche Verurteilungen sehr detailliert zeigt), selbst Kinder von 7 bis 8 Jahren werden von ihren unverständigen Eltern zu dieser polizeilichen Schau mitgenommen. Für Jugendliche unter 18 Jahren ist allerdings die Abweisung Verbrechern gegen die Person, Funke, 11. Teil (Angerstein, Haarmanntalle usw.) gesperrt. Allerdings ist die Kontrolle einigermaßen schwierig, da kaum Geburtsheime verlangt werden können. Es gibt tatsächlich Väter und Mütter, die mit den diensttuenden Polizeibeamten auf Veden und Tod um Einlaß für ihren minderjährigen Sprößling ringen. (1) Man sollte die Ausstellung für die Jugend sperren. Was für den Erwachsenen vielleicht belehrend und abschreckend wirkt, bildet für das Kind und den Jugendlichen nichts als sehr suggestiven Anreiz.

Der Fall: Juwelenräuber.

Und was die Sensationspresse daraus macht.

Die Kriminalpolizei kann im Falle Spruch von Glück sprechen. So raffiniert die Tat selbst angelegt war, so wenig geschickt hat sich der Täter hinterher verhalten. Wer weiß, ob es der Polizei so leicht gelingen wäre, seiner habhaft zu werden, wenn Spruch nicht so unvorsichtig gewesen wäre, im Schusterkeller von seinen Verbrecherplänen zu sprechen. Daß die Polizei sich nicht hat träumen lassen, als den Autor eines so verwegenen Raubüberfalls einen Neuling in der Verbrecherwelt festzustellen, folgt schon allein aus der Tatsache, daß man sofort nach Bekanntwerden des Verbrechens von Berliner Jungens oder von „internationalen Verbrechern“ gesprochen hat. So sehr es zu begrüßen ist, daß es der Polizei gelungen ist, diesen Raubüberfall schnell aufzuklären, so unbegreiflich erscheint es dagegen, daß eine gewisse Presse für diesen an und für sich nicht außergewöhnlichen Kriminalfall so viel Druderschwarz und Aufmerksamkeit übrig hat. Es mag schon richtig sein, daß der Raubüberfall in der Tauentzienstraße gewisse sensationelle Momente aufweist; so die Art der Ausführung, die Verwendung von Feuerwerkskörpern, der nachträgliche Besuch des Kaufhauses des Westens, die angebliche Teilnahme einer Frau an der Tat. Aber trotzdem will es fast scheinen, als ein Teil der Berliner Presse in diesem Fall selbst unter das Niveau des

in Berlin Ueblichen hinabsteigt und an Entgegenkommen der Sensationslusternheit eines gewissen Leserpublikums ein beträchtliches Juniel leistet — selbst wenn man die Polizeiausstellung und den Internationalen Polizeikongress in Betracht zieht.

Zu der Verhaftung des Juwelenräubers Johannes Spruch erfahren wir, daß die Vernehmungen in Breslau immer noch andauern. Da nach seiner Angabe seine Helfershelferin und Freundin, die „Schauspielerin“ Sonja Igniatow, den Fluchtweg nach Warschau eingeschlagen haben soll, so wurden mehrere Beamte entsandt, die die Spur aufnehmen. In Berlin wurde inzwischen eine kleine Filmstatistin ermittelt, die Spruch ebenfalls mit Beute stücken aus dem Raube beschenkt hat. Er machte ihre Bekanntheit in der Kleiderablage des Kabarets „Wien-Berlin“ und lud sie, da sie allein dort war, ein, ihm Gesellschaft zu leisten. Gemeinsam suchte das Paar ein Hotel in der Mittelstraße auf. Hier nahm Spruch ein Zimmer, dessen Preis von 10 M. er sofort beglich. Er erklärte dem Mädchen, daß er nicht schlafen könne und sie bitte, ihm die Zeit vertreiben zu helfen. Sie solle für ihre Mühe auch entschädigt werden. Seinem Wunsche folgend, trug das Mädchen ihm mehrere rheinische Weider vor, bis sie gegen 3 Uhr nachts von der Müdigkeit überwältigt wurde und einschiel. Beim Erwachen um 8 Uhr morgens fand sie ihren Begleiter schon fertig angekleidet. Ehe das Paar sich trennte, öffnete der Mann eine braune Aktentasche, vermißte es aber sorgfältig, das Mädchen hineinsehen zu lassen. Er beschenkte die Statistin mit einer aus 98 Perlen bestehenden Kette und einer Platinarmbanduhr, die mit Brillanten und Rubinen besetzt war. Bei der Uebergabe der Geschenke erwähnte er wie beiläufig, daß er Kaufmann sei und sich derartige Gaben leisten könne. Er entfernte sich dann, ohne sich weiter um seine Begleiterin zu kümmern, die bald nach ihm das Hotel verließ. Auch die Schwester des Verhafteten, Elisabeth Spruch, wurde gestern einem Verhör unterzogen. Sie bestreitet ganz entschieden, von dem räuberischen Plane ihres Bruders Kenntnis gehabt zu haben und will sich auch nicht erklären können, auf welche Wege der jetzt fehlende graue Anzug aus der Wohnung verschwunden ist. Trotz der Forderung der Kriminalpolizei ist es bis zur Stunde noch nicht gelungen, irgendwelche Anhaltspunkte für die Wohnung der möglicherweise Sonja in Berlin zu ermitteln. Obgleich in der Halbwelt erstaunlich viele Mädchen auf den Namen Sonja hören, kommt keine von ihnen als Helfershelferin des Spruch in Betracht. Der Familie des jungen Mannes war das Mädchen vollkommen unbekannt. Wie die Breslauer Vernehmungen erkennen lassen, scheint die Stimmung des Verhafteten gegen seine Komplizin, die er zuerst zu decken versuchte, allmählich in Haß umgeschlagen zu sein. So gab er an, daß Sonja, ehe sie ihrem Gewerbe im Westen der Stadt nachging, ein ganzes Jahr lang in der Friedrichstraße Männerbekannschaften suchte. Immer mehr zeigt sich, daß die Sonja, wenn nicht die Urheberin, so doch eine eifrige Förderin des räuberischen Planes gewesen ist.

Furchtbare Bluttat im Südosten.

Den Vater mit der Axt erschlagen.

Eine furchtbare Bluttat spielte sich gestern abend gegen 11 Uhr in dem Hause Mariannenstr. 34 ab. Im Seitenflügel des Hauses, in der vierten Etage, hat der Schlosser Otto Müller seine Wohnung inne. Gestern abend kam es zwischen ihm und seiner Ehefrau sowie seinem Sohn zu Streitigkeiten, die in Tötlichkeiten ausarteten.

Plötzlich ergriff der Sohn eine Axt und schlug damit auf den Vater ein. Müller brach blutüberströmt bewußtlos zusammen. Die Polizei wurde herbeigerufen, die den Sohn in Haft nahm. Der Schwerverletzte wurde durch einen Wagen des städtischen Rettungswesens in das Leibnizkrankenhaus gebracht, wo er kurz nach der Einlieferung infolge Zertrümmerung der Schädeldecke verstarb. Der Täter wurde dem Polizeipräsidium zugeführt. Eine Vernehmung, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist, fand noch im Laufe der Nacht statt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Sohn in Rotweh gehandelt hat.

Absturz vom Gerüst. Vom Gerüst aus der Höhe des vierten Stockwerkes stürzte gestern nachmittag gegen 5 Uhr der in der Borhagener Straße mit Renovierungsarbeiten beschäftigte 29-jährige Maler Erich Klütz aus der Schillerpromenade 58 zu Reinickendorf auf die Straße hinab, wo er mit schweren inneren Verletzungen bewußtlos liegen blieb. Der Berunglückte wurde durch einen Wagen des städtischen Rettungswesens in das Lichtenberger Krankenhaus geschafft. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Großboxkampf im Sportpalast. Anlässlich seiner Eröffnung kommt der Sportpalast mit einem Programm heraus, wie es seit langer Zeit von dieser Güte nicht zu verzeichnen war. Max Schmeeling borgt gegen den Europameister van H'of. Der Reger Alonzo trifft auf Erich Brandel. Es folgt der Kampf Funke-Wiegert und als viertes Paar steigen Sandwina und Mehlring in den Ring. Die Kämpfe beginnen um 8 Uhr im neurenovierten Sportpalast.

Unspart. Als Köchlein der diesjährigen Saison findet aus Anlaß des Jubiläums Festens der Berliner Feuerwehr am kommenden Sonntag ein großer Festabend statt. In dessen Verlauf wird die gesamte Berliner Feuerwehr aufgeführt. Das Festprogramm wird eine Fülle von Darbietungen auf, die am Abend durch ein großes Spektakelwerk gekrönt wird. Besonders erwähnen sei die interessante Ausstellung der historischen Feuerwehrgeräte und Fahrzeuge vom Jahre 1700 bis zur Neuzeit mit Bemalung in originalhistorischen Uniformen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Meist stärker bewölkt, ohne erhebliche Regengüsse. Temperaturen wenig verändert. — Für Deutschland: Im Nord- und Nordwestdeutschland trocken und ziemlich heiter, im übrigen Deutschland meist stärkere Bewölkung und stellenweise Regen.



PREISHERABSETZUNG



MERCEDES



In Berlin: Friedrichstrasse 61 / Tauentzienstrasse 14 / Potsdamerstrasse 55 / Brunnenstrasse 194

Der Nachtragshaushalt Berlins. Erhöhung des Straßenbahntarifs.

Der Nachtragshaushalt Berlins wurde am Mittwoch in gemeinsamer Sitzung des Magistrats mit den Bezirksbürgermeistern behandelt und anschließend vom Magistrat verabschiedet.

Zu den vom Rämmerer geforderten Ersparnissen im laufenden Haushalt wiesen die Bezirksbürgermeister nach, daß sie nur in geringem Umfange und nur unter Einschränkung anderer wichtiger Verwaltungsgebiete möglich sein würden. Der Magistrat hat dem Rechnung getragen und den durch die Einschränkung einzusparenden Betrag auf 8 Millionen herabgesetzt, von denen fünf auf Minderausgaben und Mehreinnahmen der Bezirke, drei auf Minderausgaben der Zentrale entfallen sollen. Den Bezirken soll dafür die Uebertragbarkeit der Ausgabemittel erweitert werden. Im übrigen sollen die im zweiten Halbjahr zu erwartenden Mehrausgaben der Wohlfahrtspflege durch stärkere Inanspruchnahme der großen Werke und der Straßenbahn aufgebracht werden. Die großen Werke, Gas, Wasser und Elektrizität sollen nach dem Haushalt 20,6 Millionen Abgabe und 12 Millionen Ueberschüsse bringen. Diese Ueberschüsse sollen um 6 Millionen gesteigert werden, wobei der Magistrat davon ausgeht, daß der Mehretrag ohne Erhöhung der Werttarife abgeführt werden kann, wenn die Werke für ihre Erneuerungsarbeiten in stärkerem Umfange Anleihen aufnehmen. Sehr viel stärker soll die Straßenbahn beitragen. Sie soll neben der Bruttoabgabe von 11 Millionen weitere 17 Millionen zur Deckung der Mehrausgaben beitragen. Das bedeutet eine Erhöhung des Straßenbahntarifs. Der Magistrat hält eine solche Erhöhung für tragbar, nachdem der Berliner Straßenbahntarif der weitest niedrige in Deutschland ist, der infolge der Umsteigerberechtigung zurzeit noch unter dem Friedenspreis liegt. Auf der anderen Seite beschloß der Magistrat, die Straßenbahn von dem Beitrag zu den Baukosten der Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln zu entlasten, der ihr feinerzeit mit je 10 Millionen für die Jahre 1926 und 1927 auferlegt war. Dieser Betrag soll statt dessen auf eine neue städtische Anleihe genommen werden. Eine Erhöhung der Steuern, Grundvermögenssteuer und Gewerbesteuer, hat der Magistrat abgelehnt. Er hat jedoch beschlossen, eine neue Steuer auf Benutzung übergroßer Wohnungen zu prüfen und vorzubereiten. Gleichzeitig hat der Magistrat beschlossen, beim Schulgeld der von den Stadtverordneten gewünschten Stoffelung zuzustimmen, aber zum Ausgleich der dadurch erwachsenden Mindereinnahme den Grundbetrag von 150 M. jährlich auf 180 M. zu erhöhen.

Literarische Arbeitsgemeinschaft. Das Jugendamt Treptow beabsichtigt unter Leitung des hauptamtlichen Bibliothekars, Herrn Rößler, aus den Kreisen interessierter Jugendlicher eine literarische Arbeitsgemeinschaft in die Wege zu leiten. Themen- und

Stoffplanfestsetzung erfolgt in einer besonderen Vorberechnung mit den Interessenten, deren Termin denselben noch rechtzeitig bekanntgegeben wird. Meldungen werden vom Jugendamt Treptow erbeten.

Berliner Fremdenverkehr im Jahre 1924/25.

In der Nachkriegszeit ist dem Fremdenverkehr in Deutschland, wie insbesondere in Berlin auch von den Behörden größere Aufmerksamkeit zugewandt worden. Vor dem Kriege war unsere Ausfuhr stark genug, um eine günstige Handelsbilanz zu erzielen. Nachdem die Ausfuhr zurückgegangen und auch die Einnahmen aus dem überseeischen Transport unserer Handelsflotte wesentlich geringer geworden sind, hat die Einfuhr von Denselben durch einreisende Ausländer erheblich an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Darum das erhöhte Interesse am Fremden-, namentlich am Ausländerverkehr.

Nun war in der Nachkriegszeit während der Inflation zwar ein erheblicher Verkehr von Ausländern zu verzeichnen, aber er konnte uns nur wenig Freude bereiten. Kamen doch die Ausländer nur, um bei uns billig zu leben und uns auszutauschen. Mit der Stabilisierung der Mark sank der Fremdenverkehr tief herab. Diese Periode kann, besser muß bei vergleichsweise Betrachtung ganz ausgeschaltet werden. Erst mit dem Eintritt und dem Fortschreiten zu normalen Verhältnissen hat sich der Fremdenverkehr langsam wieder gehoben. Seit dem 1. Oktober 1924 werden in Berlin die polizeilichen Anmeldungen von Reisenden in den Polizeiamtern der 20 Bezirke vorgenommen, an das Berliner Polizeipräsidium weitergegeben und vom Statistischen Amt der Stadt Berlin bearbeitet. Der erste Jahresbericht, endend mit September 1925, liegt jetzt vor. Danach wurden im Berichtsjahre 1 518 917 Gasthofsstellen im Gebiet der Stadtgemeinde Berlin gemeldet. Davon entfallen 92 Proz. allein auf Alt-Berlin (Bezirke 1-6), die übrigen auf die ehemaligen Vororte. An der Spitze der sechs Innenbezirke steht der Bezirk Mitte, der mit seinen zahlreichen großen Hotels in jedem Monat mit etwa 75 000 Hotelgästen ungefähr drei Fünftel aller Fremden beherbergt. Es folgen Kreuzberg mit 27 000, Friedrichshain mit 7000, Tiergarten mit 6000, Wedding mit 300 Fremden. Der Bezirk Prenzlauer Berg scheidet, wohl infolge des Fehlens eines nahegelegenen Bahnhofes, fast ganz aus. Von den Außenbezirken weist nur Charlottenburg mit monatlich etwa 8000 Meldungen eine nennenswerte Fremdenzahl auf. Alle übrigen sinken unter 1000 im Monat. Was die Nationalität der Hotelgäste anbelangt, so waren 1 311 000 oder 88 Proz. Deutsche. Das europäische Ausland war mit 157 000 vertreten, 31 000 stammten aus den übrigen Erdteilen, davon allein 25 000 aus den Vereinigten Staaten. Der stärkste Verkehr war im Monat August mit 145 000. Im September wurden 143 000, im Juli 133 000 gezählt. Diese drei Monate sind naturgemäß die stärksten Reiseumonate infolge der Ferien. Außerdem fielen in diese Zeit die Leipziger und die Breslauer Messen, und auch in Berlin selbst fanden im August und September verschiedene Spezialmessen statt. Vergleiche zwischen 1924 und 1925 lassen sich

leider nicht mit voller Genauigkeit anstellen, da, wie schon erwähnt, die sämtlichen 20 Bezirke erst seit 1. Oktober 1924 in die allgemeine Berliner Statistik mit einbezogen sind, während diese sich vorher auf Alt-Berlin beschränkte. Immerhin zeigt ein Vergleich mit den verkehrsstarken Sommermonaten der letzten Jahre vor dem Kriege 1913/14, in denen die 145 000 monatlich auch nicht überschritten worden sind, daß diese Frequenz wenigstens in den Sommermonaten fast wieder erreicht ist. Dabei darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, daß eben früher noch einige Tausend von den Vororten hinzuzurechnen wären.

Was nun insbesondere der Verkehr von Ausländern anbelangt, so ist dieser von seit dem Tiefstand im Januar 1924 mit 5360 langsam aber stetig bis zum Oktober auf 13 000 gestiegen. Im Jahre 1925 ging die Entwicklung vom Januar mit 12 400 auf 18 900 im Juni um 20 000 im Juli. Damit sind erst 50 Proz. des Ausländerverkehrs vom Juli 1913 und 1914 erreicht.

Immerhin scheint die Hoffnung berechtigt, daß auch der Ausländerverkehr mit dem Wachsen des Vertrauens zu Deutschland und der fortschreitenden Befriedigung der Welt wieder mehr und mehr sich heben wird. Schade, daß die genauen Zahlen durch das statistische Amt der Stadt Berlin erst so spät veröffentlicht werden können.

Verkehrsregelung durch Lichtsignale.

Vom 1. Oktober ab wird in einigen Hauptverkehrsstraßen, so Unter den Linden, Friedrichstraße, Leipziger Straße, Potsdamer Straße und Friedrich-Ebert-Straße, der Verkehr durch Lichtsignale geregelt. Diese Verkehrslichtsignale hängen vorwiegend an Straßenkreuzungen; in solchen Straßen jedoch, in denen die Straßenkreuzungen sehr weit auseinander liegen, auch an anderen Stellen. Hier sind die Lampen in erster Linie mit Rücksicht auf den Fußgängerverkehr aufgehängt worden. Die neuen Verkehrslichtsignale sind von sämtlichen Fahrzeugen, aber auch von den Fußgängern unbedingt zu beachten, insbesondere ist beim Erscheinen des roten Lichts jedes Weiterfahren oder Weitergehen streng verboten. Trotz der Verkehrsregelung durch Signallampen werden die Verkehrsposten zunächst nicht aus ihren bisherigen Standorten zurückgezogen, sondern sie bleiben auf ihren Standorten, um die genaue Beachtung der Lichtsignale zu überwachen. Immerhin wird durch die Inbetriebnahme der Signallampen eine Ersparnis an Beamten erzielt, so daß die freierwerbenden Beamten an anderen Stellen, an denen noch keine Signallampen aufgehängt werden konnten, oder an Stellen, an denen bisher eine besondere Verkehrsregelung überhaupt noch nicht eingerichtet war, Verwendung finden können.

Die Verkehrsregelung, die am 1. Oktober eingeführt wird, bildet nur den ersten Abschnitt einer großzügigen, für ganz Berlin geplanten Anlage, die etwa so gedacht ist, daß die Stadt in eine Reihe von Verkehrsbezirken eingeteilt wird, deren Mittelpunkt je ein Verkehrsturm bildet. Von diesen Verkehrstürmen aus wird der Verkehr in den einzelnen Bezirken geregelt, während die Türme selbst wiederum ihre Anweisungen von einer Zentrale aus erhalten sollen.



Beginn des Jubiläums:
Freitag, den 1. Oktober

Zur Beachtung!

Einsender oder Überbringer dieses Ausschnittes erhält geg. Zahlung von M. 4.20 ausgehändigt oder franko innerhalb Deutschlands geliefert:

1 Pfd. Hinz & Küsters Jubiläums-Kaffee in künstlerischer Blechdose oder

folgendes Jubiläums-Paket:

1/4 Pfd. Hinz & Küsters Jubiläums-Kaffee . . . M. 1.05

1/10 Pfd. H. & K. Tee Nr. 0 engl., edelste Sorten „ 1.—

1/2 Pfd. H. & K. Kakao „ „ 1.—

„Spezial“ „ 1.—

1 Pfd. Maltzkaffee „ 0.50

1 Glas Vanille, feinste Bourbon, 2 Schoten . . . 0.65

„ „ „ „ „ M. 4.20

1 Paket Nährweiback unbet.

3 Tafeln Schokolade } unbet.

Name: _____

Adresse: _____

Zentralbüro:
Charlottenburg, Berliner Str. 13-14

600 volle Monate

lang sind die Feuer unserer Rösterei nicht erloschen, um das hervorragendste Produkt der Tropen, den köstlichen Kaffee, für unsere Kundschaft zum vollen Aroma und herrlichsten Duft zu erschließen!

Dank

sagen wir Ihnen und allen verehrten Kunden, von denen viele jahrzehntelang mit uns durch gute und schlechte Zeiten gegangen sind. Wir bitten Sie, das uns so oft bewiesene Vertrauen auch ferner zu bewahren. Es wird unser Bestreben sein, uns daselbe durch gute Lieferung und sorgfame Bedienung täglich neu zu verdienen. Für unsere Kaffee-Liebhaber haben wir zu unserem Jubiläum eine Kaffee-Mischung aus feinsten Edelforten zusammengestellt, die ihresgleichen nicht haben dürfte, und die wir als Jubiläums-Mischung zu M. 4.20 d. Pfd.

als besonders preiswert empfehlen. Professor Riemerschmid hat uns eine hochkünstlerische Kaffeedose entworfen, die wir unserer verehrten Kundschaft in gediegener Ausführung als Jubiläums-Geschenk verehren. Für die Kinder liegen in unseren Verkaufsstellen ganze Berge von Tafeln Schokolade ebenfalls als Geschenk bereit.

Verkaufsgeschäfte:

- Berlin N, Müllerstraße 181
- N, Friedrichstraße 118-119
- N, Schönhauser Allee 6-7
- N, Schönhauser Allee 106
- N, Rosenthaler Str. 40-41
- W, Potsdamer Straße 75
- W, Linkstraße Nr. 37
- W, Friedrichstraße 85a
- NW, Flensburger Str., Bg. 414
- NW, Wilsnacker Straße 16
- O, Gr. Frankfurter Str. 146
- S, Cottbuffer Damm Nr. 14
- Charlottenburg, Rankestraße 7
- Charlottenbg., Berliner Str. 13-14
- Charlottenbg., Wilmersd. St. 111
- Wilmersdorf, Uhländstr. 89-90
- Schöneberg, Kolonnenstraße 2
- Neukölln, Bergstraße 5
- Steglitz, Albrechtstraße 2
- Steglitz, Schloßstraße 119
- Spandau, Potsdamer Str. 37

Zum Jubiläum neu eröffnet:

- N, Brunnenstraße Nr. 67
- NW, Turmstraße Nr. 37
- O, An der Jannowitzbrücke 4
- SO, Falkensteinstraße Nr. 36

Hinz & Küster Kaffee

Mussolini baut Galgen.

Hochkonjunktur der Reaktion.

Lugano, Ende September 1926.

Kallen befindet sich in einer Periode der Hochkonjunktur der Reaktion, die sich einmal aus der Möglichkeit ergibt, einer systematisch wehrlos gemachten Bevölkerung das Joch immer schwerer auf den Nacken zu pressen, andererseits aber aus dem stets deutlicher zutage tretenden Bedürfnis der Diktatur, jede Form der Kritik, jede Meinungsäußerung zu ersticken. Der Faschismus wird sich immer klarer bewußt, daß er einzig und allein durch Gewalt herrscht. Gleichzeitig werden ihm die Gefahren dieser Form von Herrschaft gerade durch die Attentate zu Gemüte geführt. Attentate haben immer psychologische Folgen. Wenn bei dem Attentat der Gibson der Ministerpräsident einen schweren seelischen Schock erlitten hat, von dem er sich aber sehr schnell erholte, so ist diesmal der unmittelbare Eindruck sehr gering gewesen, da er ja von dem Attentat erst erfuhr, als alle Gefahr vorbei war; nachträglich hat man sich dann klar gemacht, daß gegen die Gefahr der Bombenattentate wirklich „nicht Hoch nach Reifige“ schützen, und heute sollen Mussolini und seine Umgebung unter der beständigen Angst eines Anschlags leben. Wenn sich dieser Tage Mussolini öffentlich gezeigt hat, so war er von der ihn bewachenden Polizei in der Weise eingeschlossen, daß diese dem Publikum das Gesicht zuwendete. Die zahlreichen Strafverurteilungen und Entlassungen von Polizeibeamten sind auch als Ausdruck der Angst zu deuten, obwohl sie zum Teil auch als Zugeständnisse an die Federzoni feindliche Fraktion zu deuten sind. Es heißt, daß all diese Maßnahmen ohne Mitwissen Federzoni getroffen worden sind, und daß die infolgedessen erfolgte Einreichung eines Entlassungsgeheißes des Ministers des Innern bis jetzt unbeantwortet geblieben ist.

Sedenfalls will die faschistische Partei die heutige Situation dahin ausnützen, daß sie zur Bildung einer ausschließlich aus Faschisten gebildeten politischen Polizei führt. Dies Bestreben ist Ausdruck des Antagonismus zwischen Polizei und Faschismus und verschärft ihn gleichzeitig. Die Polizeibeamten haben es seit langem satt, keinerlei Befugnisse zum Vorgehen gegen Faschisten zu haben und doch für faschistische Ausschreitungen verantwortlich gemacht zu werden. In Rom ist der Polizeikommissar von Prati strafverurteilt worden, ohne daß man erfahren könnte, ob er dadurch die von ihm nicht verhinderte Invasion der Lokale der „Giustizia“ büßen soll, oder das Eingreifen der Polizei vor vollendeter Zerstörung. Sedenfalls hat der neue Kommissar die Bewachung unseres Parteiorgans am 20. September verstärkt. Aus den Manifesten der faschistischen Partei

haben wir nämlich erfahren, daß das Einrücken der italienischen Truppen in das päpstliche Rom, das man eben am 20. September feiert, keineswegs die Krönung einer liberalen und antikerikalen Bewegung war, sondern lediglich ein Vorklang des Marsches auf Rom, den die Faschisten im Oktober 1922 ausgeführt haben. Daß die Sache dem Papsttum keine weltliche Herrschaft gekostet hat, ist nur ein Zufall; der 20. September war nur eine Etappe auf dem Wege der nationalen Einigung, beiseite nichts Antikerikales.

Die ersehnteste Frucht des Attentats wird aber die Todesstrafe sein, von der wir seit langem wissen, daß ihre Einführung beschlossene Sache war. Die faschistische Presse stellt an diese „Reform“ die nachstehenden Anforderungen: die Voruntersuchung soll in der Weise abgekürzt werden, daß man den Schuldverdächtigen schon nach acht Tagen baumeln sehen kann; die strafbaren Handlungen, für die auf Todesstrafe erkannt werden kann, sind den Geschworenen zu entziehen und Berufsrichtern zu überweisen; die Hinrichtung soll durch Erhängen auf öffentlichem Plage vor den Augen der Menge stattfinden; die Todesstrafe ist auf alle Auftraggeber und Mitschuldige auszudehnen und auf „die moralisch für die Geistesverfassung der Ueberreiztheit und des Hasses Verantwortlichen, in der der Attentäter gehandelt hat“.

Die guten Leute, denen die Kerikalen Blätter schon ihren Beifall spenden, hoffen darauf, auf allen Plätzen Italiens jenen Galgen erstehen zu sehen, den man der österrreichischen Herrschaft zum ewigen Vorwurf zu machen pflegte. Vielleicht läßt sich auch dadurch die Fremdenindustrie heben, denn das elegantere Reispublikum hat sehr viel Sinn für derartige Schaustellungen, wie man vor wenigen Monaten in Smyrna hat konstatieren können, wo sich die Europäer gar nicht satt sehen konnten an den Leichen der Kemal-Attentäter, während die Eingeborenen dem Schauspiel der hängenden Menschenkörper fernblieben.

Aber mit der Einführung der Todesstrafe ist dem sittlichen Empfinden des Faschismus noch nicht genug getan. Alles, was sich nach feststehenden Normen und unter der Form gewisser Rechts Garantien abspielt, ist ihrem Dynamismus zu eng. Nachdem schon Farinacci das Lob der Lynchjustiz gesungen hat, hat sein Nachfolger im Sekretariat am 19. September in Pavia gesagt: „Ich bleibe dabei, in gewissen Fällen mehr als an die Justiz des Richters an die Lynchjustiz des Faschismus zu glauben.“ Es wäre das Ideal der Faschisten, wenn man ihnen von Zeit zu Zeit einen angeklagten Attentäter zum Lynch überließe. Dabei bliebe in Erwägung zu ziehen, ob man nicht ein faschistisches Korps zu diesem Zwecke bilden könnte, das nicht den unangenehmen Namen der „Richter“ zu führen brauchte, weil es ja vor jedem Richter in Aktion tritt und das Urteil spricht, indem es dasselbe vollstreckt. „Wir haben nicht einmal eine Minute zu verlieren“, hat der faschistische Sekretär gesagt, „denn dringende wirtschaftliche Probleme harren der Lösung. Von morgen an können wir uns keine unnötige Mühe mehr erlauben. Man muß mit den Leuten der Opposition mit den schnellsten Mitteln fertig werden.“ Wegen Zeitmangels wird

also das Regime die Prozedur abkürzen: von der gegen den Duce erhobenen Hand zum Galgen wird demnächst nur noch ein Schritt sein. Als es vor drei Jahren versucht wurde, die Stiergefechte von unserer „romanischen Schwester“ zu übernehmen, rieten viele davon ab, weil sie darin eine Schule der Verrohung eines ohnehin zu Robottverbrechen neigenden Volkes sahen. Jetzt kann man das in dieser Schule verkümmert durch Hinrichtungen einholen.

Massenverhaftungen und Hausdurchsuchungen dauern fort, aber natürlich hat keine Zeitung melden dürfen, daß es vor einem römischen Gefängnis zu Krawallen gekommen ist, da die Frauen der Einlieferung der zahllosen Verhafteten Widerstand boten und mit Gewalt verdrängt werden mußten. Nach offiziellen Blättern sind in einer Nacht in Rom 700 Personen verhaftet worden. Ist genügt die Tatsache, daß ein Arbeiter keine Mitgliedskarte der Syndikate hat, um ihn verhaften zu lassen. Nach vier bis fünf Tagen Haft wird dann so ein armer Teufel, ohne verhört zu werden, wieder in Freiheit gesetzt.

Daß man den 75jährigen Anarchisten Malatesta weiter im Gefängnis behält, ist gleichzeitig grausam und unflug. Jeder weiß, daß Malatesta nichts mit dem Attentat zu tun hat. Er ist außerordentlich beliebt und geachtet unter seinen Glaubensgenossen, so daß die unter der Form der Legalität an dem greisen Idealisten verübte Gewalt zu illegalen Gewalttaten aufstacheln könnte. Die Faschisten sind entschlossen, die heutige Hochkonjunktur gründlich auszunützen, aber sie spannen dabei den Bogen unvernünftig straff.

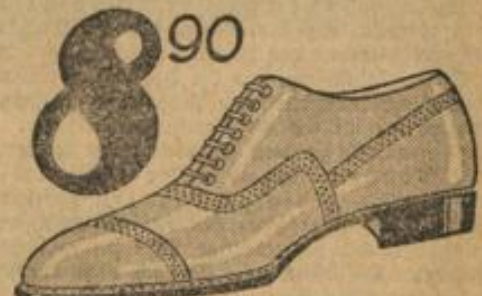
Viele haben sich darüber gewundert, daß die Berichte über das Vorleben Luccettis, die die offizielle „Stefani“ verbreitet, in so anständigem Ton von dem Attentäter sprechen, ihm ein ordentliches, arbeitsames Leben nachsagen. Alkoholabstinenz, Meidung jeden Bekehrs mit zweideutigen Individuen und ernstes Streben nach Bildung. Diese eckelartige Anständigkeit, an die man wahrhaftig von faschistischer Seite nicht gewöhnt ist, soll sich nun aus einem mit Frankreich getroffenen Abkommen erklären. Die französischen Behörden sollen sich verpflichtet haben, genaue Erhebungen über Luccettis Vorleben in Frankreich zu machen, sollen aber als Gegenleistung gefordert haben, daß die italienische Presse die Ergebnisse dieser und der eigenen Erhebungen wahrheitsgemäß und ohne tendenziöse Entstellungen veröffentlichen. Daher der saure Apfel der Anständigkeit gegen einen wehrlosen Gegner, in welchen Apfel die faschistische Presse freiwillig nie und nimmer gebissen haben würde.

Seit dem Attentat verhaftet man auch alle, die Sammellisten für die Arbeiter von Rosinella besitzen und auch die Spender. Es steht ein Dekret bevor, das jede Art Sammlung von Geldern verbietet, die nicht vom Präfelden erlaubt worden ist. Einstweilen entfährt man die Arbeiter, die für ihre verfolgten Brüder Geld geben. Wenn erst der Pöbel johlend die Galgen umstehen wird, dann wird Italien dem Ausland beweisen, wie es die sittlichen Werte des Volkes — auch ohne spanische Stiergefechte — schützt und mehrt.

Leiser schlägt wieder alles mit seinen billigen Preisen



Damen - Spangenschuhe mit zurückendem Blattdurchbruch, solide Ausführung, in Lack 6,50



Moderne Herren - Strassenschuhe, sparte Lochverzierung, Original-Goodyear ged.



Moderne Lack - Stiegsparngenschuhe mit vornehmer Verzierung, imit. Louis-XV-Absatz

Brokat- und Atlas-schuhe in verschiedenen Ausführungen, imit. Louis XV. Absatz, seltene Gelegenheit..... **5.90**

Echt Chevreau-Spangenschuhe feinste Rahmenarbeit, bequemer Laufabsatz... **9.90**

Braune Boxcalf-Spangenschuhe mit und ohne seitlichen Durchbruch, feinste Rahmenarbeit... **11.90**

Herrn-Strapazierstiefel mit und ohne Perforierung, Original-Goodyear ged., erstklassiges Fabrikat..... **9.90**

Zusammenschluß im Verkehrsgewerbe.

Konferenz des Deutschen Verkehrsbundes.

Am Sonntag, den 26. September, tagte in Düsseldorf eine Konferenz des erweiterten Vorstandes des Deutschen Verkehrsbundes, an der auch die Gauleiter und die Vertreter der größeren Verwaltungsstellen teilnahmen. Der Verbandsvorsitzende Schumann erstattete zunächst einen ausführlichen Bericht über den Stand der Organisation, dem zu entnehmen war, daß der Deutsche Verkehrsbund die großen Schwierigkeiten der letzten Jahre glücklich überwunden hat und heute über

einen festen Stamm von rund 300 000 Mitgliedern

verfügt. Die seit dem Beginn des Jahres 1925 einsetzende und von Quartal zu Quartal steigende Durchschnittsbeitragsleistung hat zu einer wesentlichen Verbesserung der Verbandssituation geführt. Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen gelang es nicht nur die Verschlechterungsabsichten der Unternehmer auf der ganzen Linie abzuwehren, sondern vielfach im direkten Angriff Erfolge zu erzielen. Der Redner erörterte dann eingehend den durch die neuzeitliche Entwicklung den Gewerkschaften gestellten Aufgabenkomplex und machte Mittelungen über die vom Vorstand geplanten Reaktionen auf dem Gebiete des Propaganda- und Bildungswezens.

Nach einer kurzen Debatte, die sich mit den Ausführungen des Referenten in allen wesentlichen Punkten deckte, stimmte die Konferenz einmütig zwei vom Vorstande eingebrachten Vorlagen zu, wovon die eine die Gewährung eines Sterbegeld-Zuschusses für die Mitglieder der fakultativen Rechtsschutz- und Haftpflichtversicherung und die andere als Ergänzung die Einführung einer Renten-, Pensions- und Sierbe-Zuschusskasse betraf.

Das Organisationsproblem.

Zur Erörterung dieses Punktes hatten sich als Vertreter ihrer Organisationen eingefunden: Scheffel vom Einheitsverband der Eisenbahner, Münner und Becker vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und Kiebe und Schlichting vom Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Das einleitende Referat hielt Schumann. Er skizzierte in kurzen Umrissen die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre und betonte, daß die Gewerkschaften, dem Gang dieser Entwicklung folgend, den Konzentrationsgedanken lebendig haben. Wie diese Entwicklungstendenzen sich auswirken, zeigen die Zusammenschlußverhandlungen zwischen den genannten Organisationen und dem Deutschen Verkehrsbund. Nachdem er die einzelnen Phasen der bisherigen Verhandlungen geschildert hatte, erklärte der Referent, daß zurzeit folgende Vereinbarungen gelten:

Grundsätzlich anerkannt für die neue Organisation ist die Einheitlichkeit der Gewerkschafts- und Kassenführung. Bezüglich des Organisationsaufbaues treten zwei Auffassungen in den Vordergrund. Die eine will aus den vier Organisationen je eine Reichsabteilung bilden mit entsprechender Untergruppierung, während die andere Auffassung sofort beim Zusammenschluß einen völligen Neuaufbau auf der Grundlage von sieben Reichsabteilungen befürwortet. Diese beiden Auffassungen werden Gegenstand der Erörterung bei der Fortführung der Verhandlungen sein. Einigkeit besteht darin, daß

den Reichsabteilungen völlige Bewegungsfreiheit

bezüglich der agitatorischen und organisatorischen Angelegenheiten garantiert wird. Alle Beteiligten sind sich klar darüber, daß bei Schaffung der Einheitsorganisation dafür Sorge getragen werden muß, daß jede Gruppe ein gewisses Eigenleben innerhalb der Gesamtorganisation führen kann. Für die Verteilung des Einflusses ist die Stärke der Organisationen maßgebend, wobei als selbstverständlicher Grundgedanke beachtet werden muß, Verantwortlichkeit und Fähigkeit in Uebereinklang zu bringen. Kommt es zum Zusammenschluß, dann bilden die vereinigten Organisationen eine Macht, der weder das Unternehmertum, noch die Regierung die Anerkennung wird verweigern können. Was wir wollen, so schloß der Redner seine Ausführungen, ist die Einheitsorganisation für alle im privaten und öffentlichen Handels-, Transport- und Verkehrswesen beschäftigten Arbeitnehmer, als der ersten und unerlässlichen Voraussetzung für den weiteren erfolgreichen Aufstieg unserer Gesamtberufskategorie.

In den folgenden Ausführungen der übrigen Verbandsvorleiter wurde mit der gleichen Eindeutigkeit der Wille zur Einheit und zum Zusammenschluß betont. So erklärte der Genosse Scheffel, daß es nicht erst des Beschlusses des Breslauer Gewerkschaftskongresses bedürfte, um die vier Organisationen einander näher zu bringen. Was uns zusammenführt, ist kein Zwang, sondern die freie, innere Ueberzeugung. Genosse Münner führte aus, daß man sich im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband die 1928 fälligen Verhandlungen als Zusammenschlußtermin gedacht hat. Aber, wenn die Verhältnisse es wollen, ist es möglich, noch vor diesem Zeitpunkte zusammenzutreten. Schon jetzt mühten sich draußen im Lande die Funktionäre der einzelnen Organisationen einander nähern und sich gegenseitig unterstützen. Genosse Kiebe betonte den besonderen Charakter der Energie erzeugenden Industrie und die Notwendigkeit der einheitlichen gewerkschaftlichen Zusammenfassung der in dieser Industrie Beschäftigten. Diese Industrie habe starke Verbindungen mit den Verkehrs- und den sonstigen öffentlichen Betrieben, weshalb der Zentralverband der Maschinen- und Heizer bereit sei, sich der geplanten großen Organisation anzuschließen.

Nach einem kurzen Schlussworte des Genossen Schumann fand die nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die am 26. September 1926 in Düsseldorf tagende Konferenz von Vertretern der Bau- und Drivorstände des Deutschen Verkehrsbundes nimmt Kenntnis von dem Stande der Verhandlung betr. Zusammenschluß des Deutschen Verkehrsbundes, des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer zu einer Einheitsorganisation des im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe, den Kraft erzeugenden Betrieben sowie den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Personals. Die Konferenz begrüßt diese Zusammenschlußbestrebungen und stellt mit Genugtuung fest, daß die bisherigen Verhandlungen einen günstigen Verlauf genommen haben. Sie erblickt in dem Zusammenschluß die Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte, die allein geeignet ist, den Gewerkschaften einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen, sozialen und sozialpolitischen Verhältnisse zu sichern.“

Die Konferenz ermächtigt den Bundesvorstand, die Verhandlungen weiterzuführen und dahin zu wirken, daß die Einheitsorganisation möglichst bald ins Leben treten kann.“

Tagung der Bergarbeiterinternationale.

Beratungen über den englischen Bergarbeiterkampf.

Offende, 30. September. (W.T.B.) Heute ist hier der internationale Bergarbeiterausschuß zusammengetreten. Auf der Tagung sind Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Spanien, Holland und die Tschechoslowakei vertreten. Auch ein amerikanischer Vertreter nimmt an den Sitzungen teil. Die Beratungen gelten der Erörterung der gegenwärtigen Lage im Hinblick auf den Streik der englischen Bergarbeiter. In der heutigen Vormittagsitzung erstatteten die Delegierten Bericht über die finanzielle Lage ihrer nationalen Verbände. Auch wurde die Frage der Kohlenausfuhr aus jedem der im Ausschusse vertretenen Länder erörtert.

Offende, 30. September. (W.T.B.) Nach einer amtlichen Mitteilung war die heutige Vormittagsitzung des Internationalen Bergarbeiterausschusses durch einen Bericht und die Aussprache über die finanzielle Unterstützung ausgefüllt, die den englischen Bergarbeitern bisher zugesprochen ist. Nach einem Bericht des Schatzmeisters sind bis jetzt insgesamt 1261000 Pfund Sterling gesammelt worden. Aus dem Bericht über die Kohlenförderung in den verschiedenen dem Verband angeschlossenen Ländern ergibt sich für Polen, Deutschland und die Vereinigten Staaten seit dem englischen Bergarbeiterstreik eine Produktionszunahme. Die erheblichste Zunahme entfällt auf die Vereinigten Staaten. Die wöchentliche Kohlenausfuhr nach Großbritannien beträgt gegen 1 Million Tonnen, von denen der größte Teil durch Polen und die Vereinigten Staaten geliefert wird.

Die Nachmittagsitzung war den Berichten der englischen Delegierten über die gegenwärtige Lage im englischen Kohlenbergbau gewidmet. Die Aussprache ist noch nicht abgeschlossen und wird Freitag vormittag fortgesetzt werden.

Der Bergarbeiterkampf in England.

Die Entscheidung in die Distrikte verlegt.

London, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Landesdelegiertenversammlung der Bergarbeiter beschloß in ihrer einständigen Sitzung einstimmig, alle weiteren Entscheidungen den Distrikten vorzulegen. W. Straker, der in Abwesenheit von Smith und Coof, die zur Sitzung der Bergarbeiterinternationale nach Brüssel geflogen sind, für die Exekutive sprach, stellte fest, daß die Distriktsversammlungen der Bergarbeiter die Vorschläge der Regierung an die Bergarbeiter und die jüngsten Vorschläge der Exekutive der Bergarbeiter an die Regierung vorlegen würde. Er ließ jedoch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es sich hier nicht um eine Alternative handle, zwischen der die Distrikte zu entscheiden hätten, sondern daß es den Distrikten freistände, unabhängig von den Vorschlägen der Regierung und der Exekutive eigene Vorschläge zur Lösung der Krise einzubringen. Die Landesdelegiertenkonferenz tritt am nächsten Donnerstag wieder zusammen, um auf Grund des Ergebnisses der Distriktsabteilung die weiter zu unternehmenden Schritte zu beschließen.

In Kommentierung der Lage nach der Delegiertenkonferenz schreibt der „Daily Herald“, es könne keinerlei Zweifel über die Gegnerschaft der Mehrheit der Delegierten gegen die Vorschläge der Regierung und über die Gegnerschaft der Bergarbeiter selbst gegen diese Vorschläge bestehen. Es sei jedoch nach 21 Wochen Kampf unmöglich, das Ergebnis der Abstimmung voranzutragen.

Eine interessante Entwicklung, die im Gegensatz zu der in den letzten Tagen in den einzelnen Distrikten festgestellten Rückkehr von Bergarbeitern zur Arbeit steht, zeigt Lancashire, wo auf drei Zechen die mit Sicherheitsarbeiten beschäftigten Arbeiter auf Befehl des lokalen Sicherheitskomitees die Arbeit niedergelegt haben, weil in jenen Zechen entgegen

den mit den Sicherheitsmännern getroffenen Vereinbarungen von den Unternehmern Kohle gefördert worden ist. Wie stark die Disziplin der Bergarbeiter noch heute ist, zeigt das Beispiel der Bergarbeiter von Ruabon in Nordwales, welche die Wiederaufnahme der Arbeit auf der Basis der Vorschläge der Unternehmern des Distrikts ablehnten, obwohl der Generaldirektor der dortigen Gruben den Arbeitern versprochen hatte, ihnen einen 50prozentigen Anteil der Gewinne bis zum 31. Dezember oder bis zum Abschluß eines nationalen Lohnabkommens zu verschaffen, falls sie die Arbeit ununterbrochen aufnehmen würden.

Die Arbeitslozenziffer in England betrug am 20. September 1926 400, das sind 19524 weniger als in der Vorwoche und 220 442 mehr als im September 1925. Die streikenden Bergarbeiter sind in dieser Zahl nicht einbezogen.

Zimmerer, Freitag, den 1., Sonnabend, den 2., Sonntag, den 3., und Montag, den 4. Oktober, in allen Bezirken Parteiversammlungen. Tagiert in den Betrieben dafür, daß die Versammlungen möglichst besucht werden.

Der Vorstand.
Ferie-Gewerkschaftsabend. Heute, Freitag, 7½ Uhr, treten die Gruppen: Hermannplatz; Jugendheim Sanderstr. 11, Ade Bobbschiffstr. — Kräfte: Werberorganisation in der Walter-Rathenau-Schule, Bobbschiffstr. 8 Uhr. Reaktionen. Markt, Streicher, Schättnitzel, Volklied. — Werbung: Jugendheim Sanderstr. 11-13, Heimbefprechung und Vorkauf. — Oberbühnen: Jugendheim Sanderstr. 11 (Kaiser Saal), Heimbefprechung. Diskussions: „Unsere nächste Veranstaltung“.

Aus der Partei.

Zwei Jahrzehnte beim „Vorwärts“.

Am heutigen 1. Oktober sind zwanzig Jahre vergangen, seit Genosse Karlstein Heinrich Döcher als Feuilletonredakteur in den Redaktionsstab des „Vorwärts“ trat. Er wurde damals Nachfolger von Kraus, dessen Wirken im „Vorwärts“ erst vor kurzem geschildert wurde. In den zwei Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, hat es manche Veränderung gegeben. Die Personen, wie die Probleme haben gewechselt. Aber Döcher ist geblieben und wirkt heute als einer der ältesten an Vorwärtsdiensthängen in unserer Mitte. Seine frische Wesensart hat durch die Berliner Luft nicht gelitten. Sein großes Wissen auf den verschiedenartigsten Gebieten, seine reiche Kenntnis der Literatur und seine Verknüpfung mit den besten Traditionen des „Vorwärts“-Feuilletons haben unsere Leser und auch seine engeren Kollegen oft und gern schön gelernt. Sehr viele unserer Leser, die den Kollegen Döcher persönlich kennen, werden sich heute mit uns in den besten Wünschen für seine fernere Mitarbeit am „Vorwärts“ vereinen.

Unsere nächsten Bruderparteien halten binnen kurzem ihre Parteitage ab. Die Sozialdemokratie Deutschlands wird Ende Oktober und Anfang November zu Linz, der Hauptstadt Oberösterreichs, ihr neues Programm beraten, dessen Entwurf in der ganzen Internationale und auch bei den gegenständlichen Parteien im In- und Ausland lebhaftes Interesse wachgerufen hat; neben dieser Beratung kann auch die übrige Tagesordnung um so größerer Beachtung sicher sein, als man überall sowohl die Stärke wie die ganz besonderen Schwierigkeiten der deutschösterreichischen Sozialdemokratie kennt. — Vom 20. bis 22. November hält die deutsche Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik ihren Parteitag zu Teplitz-Schönau ab, in welcher schönen Stadt sich die Partei nach der Vortrennung von der gesamtdeutschösterreichischen Sozialdemokratie im Sommer 1919 unter des unvergesslichen Votek Setigers Leitung konstituiert hat. Seitdem haben sich die Verhältnisse im Staat stark gewandelt: das Arbeiterinteresse hat die Grenzen der Nationen gesprengt, bourgeoise Solidarität dehnt sich auch auf andere bürgerlichen Parteien aus — die tschechischen Genossen stehen neben den deutschen in der Opposition. Diese wichtige Entwicklung sichert auch dem Teplitzer Parteitag verdiente Beachtung.

Warum der Magenleidende kein Natron gebrauchen soll.

Eine üble Angewohnheit, die schon viel Leiden verursacht hat.

Umfragen haben ergeben, daß die üble Gewohnheit, bei Magenbeschwerden doppeltkohlensaures Natron zu verwenden, einen erschreckenden Umfang angenommen hat. Geradezu gefährlich ist der Gebrauch von Natron. Es gewährt im besten Falle zeitweise Binderung und verschlimmert in der Folge oftmals die Ursache der Beschwerden. Natron neutralisiert lediglich die Säuren. Wenige scheinen es wohl zu wissen, daß dieselbe Säure, die die Verdauungsbeschwerden verursacht hat, auch die zarten Magenwände angreift und hier Entzündungen verursacht. Dabei ist es von so außerordentlicher Wichtigkeit, gerade die Magenwände zu schützen, um chronischer Säurebildung, Magenentzündung und Geschwüren im Magen vorzubeugen, die sich bei einer Natronkur ungehindert entwickeln können. Vermeiden Sie in Zukunft Natron, und wenn Ihnen zum nächsten Male Ihr Magen bei der Verdauung Beschwerden verursacht sollte, so machen Sie einen Versuch mit Biserirter Magnesia, wie es Tausende getan haben und wie es Ihnen auch Ihr Arzt empfehlen wird. Das Mittel neutralisiert die Magensäuren, lindert die Beschwerden, verhindert Gaskübelung, mildert und schützt die entzündeten Magenwände. Biserirte Magnesia ist in jeder Apotheke und in allen Drogerien erhältlich.

Wichtig! Biserirte Magnesia wird in drei verschiedenen Verpackungsgrößen geliefert: in Pulver- und Tablettenform zu M. 1.50 das Fläschchen und in größeren Flaschen mit Pulver zu M. 3.00 die Flasche.



Und wenn einmal das Geld nicht reicht kauft man bei Feder federleicht

Feder

BRUNNENSTRASSE 1
FRANKFURTER ALLEE 350
KOTTBUSER DAMM 103
CHARLBG. SCHARRENSTR. 5

alle Möbel auf Teilzahlung

1/10 Anzahlung 18 Monatsraten

Eine Sehenswürdigkeit ist unser Konfektionshaus Brunnenstrasse 107

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
n. Platz d. Republ.
7 1/2 Uhr: **TOSCA**
Schauspielhaus
8 Uhr: Die Räuber
Schiller-Theater
8: Die Welt, in der
man sich langweilt

Volksbühne
Theater am Blümlplatz
8 Uhr: **Eysistrata**
Morgen 8 Uhr:
Eysistrata

Täg. 8 1/2 Uhr
Theater im
Admiralspalast
Biesenerföle
Kaller-Revue
An u. aus
Preise von 2-16 M.
Vorverkauf ensatete

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
CHARELL REVUE
*Von Mund
Zu Mund*
Täglich 8 1/2 Uhr
Ende präzise 11 Uhr
Preise M. 1.00-15.00. Sonntag
nachm. 3 Uhr **ungekürzte** Vor-
stellung zu **ermäßigten** Preisen

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Rigoletto
Abonn.-Turnus I

Komische Oper
Direktion: Hanns Otto Boyen
Der große Operettenerfolg
Adrienne
Täglich 8.15 Uhr
mit Serak, Wessely, Wirt, Blas
Boettcher, Hell
Vorverkauf ununterbr. v. 10 U. an

Kleines Theater
Heute 8 U.: Premiere
Menschenfreunde
10 1/2 Nachtspiele
Das gr. Progr. mit
Bella Sivas
Sbe. u. Säg. 4 Uhr:
Gr. Kindervorstellung
Schneewittchen

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Heute 8 U.: Premiere
Gräfin Tippmamsell
Gutschein 1-4 Pers. Bei Vorzeit. der
Annonce Faust. nur 1,00 Mk., Sessel 1,50
Neues Theater am Zoo
8 „Ich hab Dich lieb“ 8
Park 1-5 M. Sessel 5 M. Vorverk. ensatete. Dpl. 5371

Deutsches Theater
Norden 10334-38
7 Uhr:
Zum ersten Male
Peripherie
von Langer. Regie:
Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334-38
8 Uhr:
**Androklos
und der Löwe**
Von Bernard Shaw
Regie: Erich Enger

Die Komödie
Bismarck 2414, 2516
8 Uhr:
Die Gefangene
Von Bourdet
Regie: M. Reinhardt

Metropol-Theat.
Täglich 5 Uhr:
Die große Revue
Wieder Metropol

Residenz-Th. 8 1/2
Absteigequartier
Eintritt Jagdschlösschen verboten

Thalia-Theater
Uhr: **Der Biberpelz**
Regie: Bertin Viertel

Theater des Westens
Hauptstr. 831
Täglich 8 Uhr:
Die Revue
**Der Zug nach
dem Westen**
Sonntag nachm.
3 Uhr: Die ganze
Vorstellung zu
halben Preisen!

**Samstag-Litton
Theater**
Königsgrätz-Str.
Z. letzt. Male. 8 U.:
Zweimal Oliver
Sonntag 8 Uhr:
Hrs. Chebys Ende

Komödienhaus
Zum letzten Male
8 Uhr:
Herr v. Saint-Obin
Sbd. zum 1. Male:
7 1/2 Uhr
Einbruch

Th. u. Hollenderplatz
Gastspiel d. Mosk-
kauer Künstler.
Theaters Habima
Zum ersten Male
7 1/2: **Dybuk**

**Deutsches
Kunst-Theater**
8 1/2 Uhr:
**Das große
Abenteuer**

Lessing-Theater
8 1/2 Uhr:
Veronika

Th. u. Kurfürstendamm
8 Uhr: Revue:
Es geht schon besser

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr:
Kukuli

SCALA
Kurfürst 6456
Heute 8 Uhr:
Premiere
mit
**Varieté-
Neuheiten**

Morgen u. Sonntg.
2 Vorstellungen
3 1/2 und 8 Uhr.
3 1/2 zu ermäßig-
ten Preisen d. volle
Programm!

Allein in Berlin spielen
20
Kinos in dieser Woche:

DER Wolgaschiffer

- Alhambra, Berlin O, Koppenstraße 29 (ab 1. 10.)
- Amor-Lichtspiele, Wilmsdorf, Umlandstr. 81 (ab 1. 10.)
- B. T. L., Berlin W, Potsdamer Straße 88 (ab 1. 10.)
- B. T. L., Moabit, Turmstraße 12 (ab 1. 10.)
- B. T. L., Friedenau, Rheinstraße 14 (ab 1. 10.)
- Deutsches Theater, Steglitz, Albrechtstr. 152 (ab 1. 10.)
- Filmburg, Steglitz, Schloßstraße 92 (ab 1. 10.)
- Filmpalast Kammersäle, SW, Teltowerstr. (ab 1. 10.)
- Filmpalast, Tegel (ab 1. 10.)
- Humboldt-Theater, Berlin N, Badstraße 19 (ab 1. 10.)
- Kant-Lichtspiele, Charlottenburg, Kantstr. 54 (ab 1. 10.)
- Metro-Palast, Berlin N, Chausseestraße 30 (ab 1. 10.)
- Südwest-Lichtspiele, Berlin SW, Blücherstr. 12 (ab 1. 10.)
- Turma-Palast, Schöneberg, Hauptstr. 144 (ab 1. 10.)
- Ufa-Theater, Köpenick (ab 1. 10.)
- Ufa-Theater, Kurfürstendamm (bis 30. 9.)
- Ufa-Theater, Turmstraße (bis 30. 9.)
- Ufa-Theater, Weißensee, Antonplatz (ab 1. 10.)
- Ufa-Theater am Friedrichshain (ab 1. 10.)
- Wittelsbach-Lichtspiele, Wilmsdorf, Berliner
Straße 166 (ab 1. 10.)

8 Uhr
**Winter-
VARIETE
Garten**
Heute Premiere
**11 internationale
Attraktionen**
Friedenspreise. - Rauchen gest.

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Ehrliche Arbeit

Wallner-Th.
Alleabendlich 8 U.
der große Erfolg
d. Volksstückes
„Husmanns Töchter“
Park 2. J. Rang 1.
Vorverk. Theat.-K.
u. bei A. Wertheim.

Apollo-Theater
Täglich abends 8 Uhr:
Der vollständig. neue sensationelle
Oktober-Spielplan
14 Attraktionen 14
mit dem Weltwunder
Breitbart
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Familien-Vorstellung.

KRONE
Letzte Vorstellung unwiderrüchlich
Dienstag, den 5. Oktober.
Raiser-Allee a. d. Hildebrandstraße
Nähe Berliner Ste.
Telephon Pfandburg 7915.
Täglich abends 8 Uhr
sonnabend und Sonntag
2 Vorstellungen
nachm. 4 und abends 8 Uhr.
Preise, nur Sitzplätze, von 60 Pf. bis 10 M.
Nachm. Kinder bis 12 Jahren halbe Preise!
Vorverkauf ununterbrochen ab 10 Uhr
Circuskassen, A. Wertheim und K. d. W.
täglich 1/2 bis
Tierschau 7 Uhr geöffnet

Theater a. Kottb. Tor
Kottbuser Str. 6
Täglich 8 Uhr und
Sonnt. nachm.
3 Uhr (zu er-
mäßig. Preisen)
**Elite-
Sänger**
und bestluft-
Domb.-Gesangsquart.
Papoff.
Preise 40 Pf. bis 2,50

Reichshallen-Theater
Alleabendlich 8 Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr
Sicilianer Sänger
Singende Bäume
60 Pf. bis 2,50 M.
Nachmittags halbe Preise,
volles Programm!
Dönhoff-Breit's
Varieté-Konzert-Tanz

Jed. Freitag frische
junge Fett-
Gänse 1.10
1.125
allererste Qualität.
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 34.

Luna Park
Fest der
Berliner
Feuerwehr
Sonntag
3. Oktober

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
zu billigsten Preisen
In den gediegensten Ausführungen
Preisliste
gratis!
Ges. geschützt
Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 30
W, Passauer Straße 12

Gr. Festprog. • Doppel-
Konzert • Fest-Feuerwerk
Eintritt 1 M. Freikarten gültig

Rennen zu Grunewald
Freitag, den 1. Oktober
nachmittags 1 1/2 Uhr

Wir eröffnen
die **23. Niederlassung**
in Gross-Berlin

Alexanderstr. 39-40
(am Alexanderplatz)

morgen, Sonnabend, d. 2. Oktober
mittags 12 Uhr

Die Qualität entscheidet!

Nur Verwendung des besten Materials, rationellste Fabrikation, hervorragende fachmännische Leitung, bestgeschultes Personal haben Salamander zur ersten Schuhmarke gemacht.

Billiger als der Salamanderschuh kann kein wirklich guter Schuh verkauft werden

Nur 6 Preislagen

| | | |
|------------------|------------------|------------------|
| 12 ⁵⁰ | 14 ⁵⁰ | 16 ⁵⁰ |
| 18 ⁵⁰ | 21 ⁰⁰ | 24 ⁰⁰ |

SALAMANDER

TIGER Billys Lebensmittel

| | | | | | | | | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Kolonialwaren Weizenmehl... Pfund 22 Pf. Auszugmehl... Pfund 26 Pf. Weizengriess... Pfund 26 Pf. Hartgries... Pfund 27 Pf. Haferflocken... Pfund 24 Pf. Eierschnittnudeln... Pfund 43 Pf. Eierfadennudeln... Pfund 48 Pf. Eiermakaroni... Pfund 50 Pf. Bienenhonig... 1,10 Kaffee... 2,40 Vierfrucht... 3,60 | | Butter u. Fette Margarine... Pfund 55 Pf. Kokosfett... Pfund 75 Pf. Kalbsfett... Pfund 75 Pf. Robschmalz... Pfund 82 Pf. Tafelbutter... Pfund 83 Pf. Teebutter... Pfund 95 Pf. Dän. Butter... Pfund 1,00 Orangekonfitür... 1,00 Pflaumenkonfitür... 1,05 Johanniskonfitür... 1,15 | | Frisches Fleisch Rinderkamm... Pfund 70 Pf. Fehrippe u. Brust... Pfund 80 Pf. Hammelvorderfl... Pfund 76 Pf. Hammelrücken... Pfund 85 Pf. Schw.-Schulterblatt... Pfund 1,15 Schw.-Schinken... Pfund 1,25 Pa. Schmorfleisch... Pfund 1,20 Pa. Rouladen... Pfund 1,30 Kalbskeulen u. Blatt... Pfund 1,10 Kassler... Pfund 1,35 Starke Liesen... Pfund 1,00 Ausgelassener Taig... Pfund 60 Pf. Gefrierfleisch Ochsenbrust... Pfund 54 Pf. Kamm u. Querrippe... Pfund 60 Pf. Ochsenfleisch... Pfund 85 Pf. Lammvorderfl... Pfund 68 Pf. Lammrücken... Pfund 78 Pf. Lammkeulen... Pfund 85 Pf. Schweinsköpfe... Pfund 48 Pf. Gehacktes... Pfund 70 Pf. | | Käse Camembert... 36 Pf. Emmenthaler... 75 Pf. Holländer... 80 Pf. Edamer... 78 Pf. Tilsiter... 95 Pf. Allg. Stangenkäse... 55 Pf. Echt. Emmenthaler... 1,35 Himbeerkonf... 1,35 Kirschkonf... 1,35 Erdbeerkonf... 1,35 Schweinefleischpastete... 50 Pf. | | Wurstwaren Hausm.-Leberw... Pfund 95 Pf. Speckwurst... Pfund 1,05 Fleischwurst... Pfund 1,20 Jagdwurst... Pfund 1,20 Knoblauchwurst... Pfund 1,25 Mettw. n. Braunschw... Pfund 1,30 ff. Leberwurst... Pfund 1,50 Speck fett a. mager... Pfund 1,50 Hildesheimer... Pfund 1,80 Teewurst... Pfund 1,80 Holst. Zervelatw... Pfund 1,80 Holst. Salami... Pfund 1,80 Schinkenspeck... Pfund 1,90 | |
| Wild und Geflügel Suppenhähn... 90 Pf. Junge Gänse... 95 Pf. Jg. Brathühner... 1,35 Gänserlumpen... 1,40 Hirschragout... Pfund 35 Pf. Hirschblatt... Pfund 65 Pf. Hirschkeulen... Pfund 1,10 Gänsekeulen... Pfund 1,50 | | Gemüse und Obst Weisskohl... Pfund 3 Pf. Rot-u. Wirsingkohl... Pfund 4 Pf. Möhren... Pfund 4 Pf. Zwiebeln... Pfund 5 Pf. Märkische Rübchen... Pfund 8 Pf. Schmorgrurken... Pfund 8 Pf. Sellerieknollen... Pfund 16 Pf. Kochbirnen... Pfund 6 Pf. Essbirnen... Pfund 8 Pf. Diels Birnen... Pfund 10 Pf. Tiroler Aepfel... Pfund 15 Pf. Strudeläpfel... Pfund 18 Pf. | | Fische und Räucherwaren Seezachs... 18 Pf. Rofbars... 18 Pf. Schellfisch... 18 Pf. Kabin... 20 Pf. Grüne Heringe... 85 Pf. Ankerfisch... 30 Pf. Fettsäcklinge... 35 Pf. Kieler Mätklinge... 50 Pf. Gelsardinen... 60 Pf. Gelsardinen... 2,15 | | | | | |
| Weinbrand-Verschnitt gute Qualität... 1,35 Erdbeerwein... 1,25 Weinbrand-Verschnitt... 1,45 | | Besonders preiswerte Tischweine 1924er Bayerfelder Schlossberg... 99 Pf. 1922er Burweilener Schlossberg... 1,10 1920er Dienheimer Parranberg... 1,30 1922er Königsbacher Mühlweg... 1,50 1924er Dürk. Feuerberg... 1,25 1922er Winzenheimer Honigsberg... 1,40 1921er Alsterweilener Riesling... 1,60 1922er Ruppertsberger Kieselberg... 1,85 | | Deutscher Weinbrand Unsere Spezialität... 1,95 Besonders billige Weine vom Fass... 85 Pf. Jamaica-Rum-Verschnitt... 1,95 | | | | | |

Beginn 4. Oktober

Textil-Messe Heute Vorverkauf

Wir bringen zu dieser Veranstaltung eine Riesenauswahl guter Qualitätswaren, die sich durch ihre Preiswürdigkeit ganz besonders auszeichnen.

ATA

Henkel's Scheuerpulver
Mit Ata kannst du alle Sacken Blitzblank und appetitlich machen.

GROSSER QUARTALS-VERKAUF

Seal-Plüsch-Mäntel 69.00
Velours-de-laine-Mäntel 19.75
Frauen-Mäntel 29.50
Eleg. Mäntel 59.00
Taffet-Kleider 13.75
Tanz-Kleider 9.75
Morgenröcke 3.95
Kasak 3.95
Sportwesten 4.95
Pullover 7.90
Kinder-Sportwesten 3.95

Kleider-Stoffe
 Pullover-Stoffe 95 Pf.
 Samt-Flanell 75 Pf.
 Popeline 1.95
 Kleiderripps 4.85
 Velours de laine 6.90
 Woll-Ottomane 12.50
Seiden-Stoffe
 Crêpe de Chine 5.40
 Ramage 4.50
 Damassé 1.95
 Crêpe de Chine 6.90
 Rippen-Velvet 1.95
 Lladener Küper-Samt 6.90

Eleganter Mantel 29.75
Flotter Mantel 49.75

Trikotagen
 Herren-Normalhemden 1.75
 Kinder-Trikots 1.75
 Damen-Schlüpfer 95 Pf.
 Damen-Schlüpfer 1.65
 Damen-Schlüpfer 3.50
 Hemdhosen 1.45
Handschuhe
 Damen-Handschuhe 95 Pf.
 Damen-Handschuhe 2.95
 Damen-Handschuhe 3.95
 Herren-Handschuhe 95 Pf.
 Herren-Handschuhe 3.90

Gardinen
 Gardinen-Mull 88 Pf.
 Madras-Stoffe 1.65
 Etamine-Vitrage 65 Pf.
 Gardinen-Stoffe 78 Pf.
 Bettdecken 3.75
 Halbstores 5.75
 Künstler-Leinen 1.80
 Diwan-Becken 12.75
 Steppdecken 14.75
 Möbel-Rips 1.35
 Wolldecken 8.90
Etamine 58 Pf.
 Damen-Strümpfe 1.95
 Damen-Strümpfe 95 Pf.
 Körper-Barch. 75 Pf.
 Damen-Strümpfe 1.45
 Unterziehl-Strümpfe 1.45
 Welline 2.75

LINDEMANN & CO.

Berlin-Schöneberg Hauptstr. 149 Nord-Osten Landsberger Allee 29 Mühl Turmstr. 73 Potsdam Spandau

